Privilegirte Schlesische Zeitung.

№ 24. Breslau, Montag den 29. Januar **1844.**

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn — Redacteur: R. Hilscher.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Einrichtung, nach welcher die hiesigen Dienstherrschaften ihrem Gesinde die freie Verpflegung in dem Krankenhospitale zu Allerheiligen versichern können, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß:

daß es auch **jedem Dienstboten selbst freisteht, sich im eigenen Namen** unter den Bedingungen unserer Bekanntmachung vom 28. Dec. pr. auf das Jahr 1844 durch Einzahlung von 15. Sgr. bei unserer Hospital-Kasse zu unentgeltlicher Aufnahme, Kur und Verpflegung für den Fall zu abonniren: daß er in einem hiesigen Dienste oder innerhalb 14 Tagen nach dem Abzuge aus solchem hierorts erkranken sollte.

Mögen daher alle hiesigen Dienstboten, deren Herrschaften nicht geneigt sind, Freischeine zu lösen, auf diese Weise für sich selbst zu rechter Zeit nützliche Fürsorge treffen. Breslau den 16. Januar 1844.

Die Direktion des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Uebersicht der Nachrichten.

Berliner Briefe. Aus Posen. — Der Kampf am Kaukasus. — Französische Kammer-Verhandlungen. — Der Prozeß in Dublin.

An den Breslauer ☉ Correspondenten in Nr. 20 der Bresl. Ztg.

Hochgeehrter Herr! Nicht um Sie in eine neue Polemik zu verflechten, richte ich diese Zeilen an Sie; ich wünsche damit zunächst einem Vorwurfe zu begegnen, den Sie in Ihrem Aufsatze vom 23sten d. Mts. mir machen. Sie sagen darin, es sei eine gewisse Stelle in Ihrem Aufsatze in Nr. 18 der Schles. Ztg. nicht mit dem Manuscripte übereinstimmend abgedruckt, sondern von der Redaction willkürlich abgeändert worden. Die erste Behauptung ist vollkommen wahr, die zweite bedarf, um nicht mißverstanden zu werden, eines Rückblicks auf den ganzen Vorgang. Sie wissen, hochgeehrter Herr, daß ich die Aenderungen in Ihrem Aufsatze nur nach vorhergegangener Rücksprache mit Ihnen vornehmen wollte, daß aber eine auf das Institut der Schles. Ztg. einflußreiche, Ihnen wohlbekannte Person dieselben bei Ihnen zu vertreten sich bereit erklärte, und daß ich erst auf diese Vertretung hin mir jene Aenderungen erlaubte. Dergleichen Vertretungen sind, wenn die Zeit drängt, wie es hier der Fall war, nichts ungewöhnliches.

Die Abänderungen (oder vielmehr Auslassungen) selbst betreffend, so hatte ich zu denselben guten Grund. Die Stelle enthielt ein ausführliches Lob des Herrn Ref. Schweitzer und ich durfte bestimmt voraussetzen, daß derselbe dieses Lob wörtlich, mit triumphirender Miene, in seiner Antwort an Sie wiederholen würde. Zu diesem lächerlichen Schauspiele wollte ich die Schles. Ztg. nicht hergeben. Wie richtig meine Voraussetzung war, beweist, daß Herr Schweitzer die stehen gebliebenen Worte zu seinem Lobe wirklich wiederholt. Er behauptet zwar jetzt, aus dem Zusammenhange gehe hervor, daß er jene Worte nicht als ein Lob habe acceptiren, sondern als einen Vorwurf zurückweisen wollen. Wer Ihren Aufsatz mit Verstand liest, kann in Ihrer Aeußerung, daß sich Herr Schweitzer im Feuilleton mit Leichtigkeit bewege, keinen Vorwurf finden. Es ist außer allem Zweifel, daß sie ein Lob enthält, sie ist noch dazu vollkommen wahr, und doch will sie Hr. Schweitzer nicht als Lob acceptiren. Wie unerklärlich! oder vielmehr, wer ihn kennt, wie erklärlich. Das Lob war ihm zu gering. Ein mäßiges Lob sieht Hr. Schweitzer für einen Vorwurf an, er will ungeheuer, ganz ungeheuer gelobt sein.

Sie haben sich durch den Brief des Herrn Schweitzers an mich in Nr. 19 der Schles. Ztg. in der Hoffnung auf eine in gehaltenem und gemessenem Tone geführte Polemik getäuscht und daher genöthigt gesehen, die Debatte sofort abzubrechen. Dicht unter dieser Ihrer Aeußerung in Nr. 20 d. Bresl. Ztg. steht der Schweitzersche Schmähartikel gegen mich, der Ihr Zurücktreten nur zu sehr rechtfertigt. Er ist in der That ein köstliches Beweisstück zu dem Lobe, welches Sie Hrn. Schweitzer auf derselben Seite ertheilen. Wer dessen Leichtigkeit, Witz und Eleganz in ihrem wahren Werthe kennen lernen will, der lese dieses Meisterstück, und sehe, wie sich darin die Leichtigkeit in Plumpheit, der Witz in maßlose Grobheit, die Eleganz in das Stottern eines Wüthenden verwandelt haben. So ist eine gewisse Gattung von Tagesschriftstellern; wenn man ihre ungemessene Eigenliebe verletzt, so geht die mühsam erworbene Haltung verloren, und an die Stelle der Aeußerungen des Talentes tritt ein rasendes Toben. Ich sprach den Wunsch aus, Hrn. Schweitzers Wirksamkeit möge immer der guten Sache gewidmet sein, da ruft er hinter mir her, daß sei eine abgeschmackte, boshafte Verdächtigung, ich sei incapax, ich sei inconsequent, ich besitze, Gott weiß welche, Gesinnung. Ich äußerte den Wunsch, er möge nicht die Farbe wechseln, da schallt mir nach, das sei Verläumdung Ich mache ihn darauf aufmeeksam, daß er das von Ihnen ihm ertheilte Lob selbst noch einmal abgeschrieben habe, und er fällt gegen mich aus mit der Behauptung, ich sei nicht fähig, des Zusammenhangs Herr zu werden. Dann ist von Entstellungen, Redactionspraktiken die Rede und zuletzt kommt die wahrhaft jugendliche Drohung, er werde mir nie mehr seine Hochachtung versichern.

In der That, wenn man den Schweitzer'schen Aufsatz liest, so glaubt man eine jener übel berüchtigten Nachreden zu hören, welche eine gewisse Klasse von Nicht-Litteraten demjenigen zu halten pflegt, welcher das Unglück hat sie zu beleidigen. Auf eine solche Nachrede läßt sich ein gebildeter Mann nicht in Streit ein; so kann auch ich das Wort nicht an Herrn Schweitzer richten. Jedoch möge über die boshafte und verläumderische Insinuation, welche in meinen Wünschen gelegen haben soll, eine kurze Erläuterung Platz finden; denn es ist sehr drollig, mit welchem air Hr. Schweitzer in der Bresl. Ztg. vom Donnerstage decretirt, was man einem Publizisten wünschen darf oder nicht. Er, der dadurch, daß er von allen Auslegungen eines Satzes beschränkter Weise nur die für ihn am allerwenigsten schmeichelhafte herausfindet, an den Tag legt, daß er kaum versteht, was er liest, er will der literarischen Unterhaltung Gesetze vorschreiben. Er findet in dem Wunsche, daß seine Wirksamkeit immer der guten Sache gewidmet sein möge, eine Beleidigung, und bekennt unmittelbar dahinter, daß er nicht wisse, was ich unter der guten Sache verstehe. Wie kann er dann beurtheilen, ob mein Wunsch für ihn schmeichelhaft oder beleidigend ist? Es ist überhaupt bei seiner Selbstschätzung zu verwundern, daß ihm nicht eine sehr schmeichelhafte Deutung meines Wunsches eingefallen ist, welche ziemlich nahe liegt, und, wie er es haben will, den Beweis mit sich führt, daß der Wunsch Bedürfniß sei. Kann nicht Jemand wünschen, daß Schweitzers Wirksamkeit immer der guten Sache gewidmet sei, weil — es versteht sich fast von selbst — weil diese Wirksamkeit unentbehrlich ist, weil die gute Sache ohne ihn verloren geht? Zittert man nicht vor dem Verluste des Unersetzlichen fortwährend, auch ohne besondere Anzeichen, daß er bevorstehe? Freilich würde hier noch zu beweisen sein, daß der Grund des Wunsches auf Wahrheit beruhe, aber diesen Beweis wird Hr. Schweitzer dem Jemand schon erlassen.

Hr. Schweitzer entdeckt darin eine Verläumdung, daß ich von „die Farbe wechseln" sprach. Er scheint demnach nicht zu wissen, was, von einem Schriftsteller gesagt, „die Farbe wechseln" heißt. Bei einem rechtschaffenen ublizisten heißt „die Farbe wechseln" nicht allein anders schreiben, wie früher, sondern auch anders denken, wie früher. Ist es denn aber schimpflich, eine andere Ansicht, eine andere Ueberzeugung zu gewinnen? Giebt es auch nur ein unfehlbares Mittel, sich davor zu schützen? Allerdings mögen auch Publizisten existiren, welche die Farbe wechseln, anders schreiben, wie früher, wider ihre Ueberzeugung, aus schlechten Beweggründen, oder, weil sie gar keine Ueberzeugung hegen. Aber dergleichen Publizisten sind Männer von schlechtem Charakter, und wo habe ich jemals gesagt, daß ich Hrn. Schweitzer unter solche zähle? Wie kommt derselbe also dazu, meine frommen Wünsche durch eine so tiefschwarze Brille anzusehen? Er hat mich nur mit Grobheiten überschüttet. Folglich hat er mindestens die innere Würde der Leidenschaft zur Beute werden lassen.

Doch wozu diese Weitläufigkeiten. Ich habe für Hrn. Schweitzer zu wünschen aufgehört; ich wünsche ihm gar nichts mehr, nicht einmal, daß er seinen polemischen Ton wechseln möge, nachdem er durch denselben das ihm von Ihnen ertheilte Lob des Witzes und der Eleganz so sehr zur Wahrheit gemacht hat.

In der Breslauer Ztg. vom Donnerstage erzählt Hr. Schweitzer, daß ich ihm an demselben Tage, an welchem ich das von Ihnen ihm „vindicirte" Lob der gründlichen und scharfsinnigen Behandlung juristischer Fragen in dem Revisionsbogen der Schlesischen Ztg. gestrichen, ihm ein juristisches Werk zur Beurtheilung für dieselbe Ztg. habe übermachen lassen. Dieses juristische Werk, dessen Beurtheilung Hrn. Schweitzer anvertraut worden, ist „der praktische Dorfrichter", ein 108 S. starkes Handbüchlein für Gerichtsschulzen, Gerichtsmänner und Gemeindeschreiber.

Schließlich bitte ich Sie und die übrigen Leser um Entschuldigung, daß ich beide Theile so lange von Hrn. Schweitzer und mir unterhalten habe. Ich war auf das heftigste dazu aufgefordert.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr, die Versicherung meiner größten Hochachtung.

Breslau, den 27. Januar 1844. Hilscher.

Inland.

Berlin, vom 26. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Vice-Direktor des kaiserl. russischen Post-Departements, Staatsrath und Kammerherrn Prokopovitsch-Antonsky, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse zu verleihen; und den geheimen Ober-Finanz-Rath Paalzow zum Präsidenten der General-Lotterie-Direktion zu ernennen; ferner dem Vorsteher des Kanzlei-Büreau's des Staats-Ministers Rother, bisherigen Hofrath Raffel, den Titel eines geheimen Kanzlei-Raths, dem bei der Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden als Dirigent der Kontrolle der Staatspapiere angestellten bisherigen Rechnungsrath Rohlwes den Titel eines geheimen Rechnungs-Rathes und dem bei derselben Behörde angestellten geheimen Kanzlei-Inspektor Niedlich den Titel eines Kanzlei-Raths zu verleihen; so wie den Prediger von Gerlach an der Elisabeth-Kirche hierselbst zum Konsistorial-Rath und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Hauptmann von Orlich, aggregirt dem Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, die Anlegung der von dem Könige von Aude ihm verliehenen Ehrenkette erster Klasse zu gestatten.

Ihre Majestät die Königin sind in der Nacht durch mehrstündigen Schlaf erquickt worden, und der Abschuppungs-Prozeß schreitet fort. Berlin, 25. Januar.

(gez.) Dr. Schönlein. Dr. v. Stosch.

Se. königl. Hoheit der Prinz Carl ist nach Freienwalde abgereist.

(Voss. Z.) An der heutigen Börse waren: Berlin-Hamburg (Zusicherungsscheine 4 pCt.) $109\frac{7}{8}$ B., $109\frac{3}{8}$ G. — Cöln-Mindener (Zusicherungsscheine 4 pCt.) $106\frac{7}{8}$ B., $106\frac{3}{8}$ G. — Niederschlesische (Zusicherungsscheine) $109\frac{3}{8}$ B. $108\frac{7}{8}$ G. — Sächsisch-Schlesische (Zusicherungsscheine) $109\frac{1}{8}$ B., $108\frac{5}{8}$ G. — Nordbahn 4 pCt. 140 B. — Gloggnitz 4 pCt. 121 B. — Mailand-Venedig 4 pCt. $111\frac{1}{2}$ B.

Berlin, vom 27. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant Freiherrn v. Quadt II., Kommandanten von Mainz, den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub; dem General-Major v. Buddenbrock, Kommandanten von Königsberg, und dem vormaligen Gesandten, Obersten Freiherrn v. Martens, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Dom-Dechanten Hoppe zu Frauenburg den rothen Adlerorden dritter Klasse; dem Hofrath und Kammergerichts-Salarien-Kassen-Controlleur Peicke, so wie dem Pfarrer Hohlfeld zu Noßdorf, im Kreise Sorau, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Lehrer Oberdorf zu Lablack, im Kreise Labiau, dem katholischen Schullehrer Mühlan zu Mittelsteine, in der Grafschaft Glatz, und dem Küster Vetter an der evangelischen Kreuzkirche zu Lissa das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; so wie den Land- und Stadtgerichts-Director und Kreis-Justizrath Sommerbrodt zu Landeshut zum Ober-Landesgerichtsrath bei dem Ober-Landesgericht zu Breslau zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, die von Sr. Majestät dem Könige der Niederlande erfolgte Ernennung der hiesigen Banquiers Gebrüder Arons zu königl. niederländischen Hof-Banquiers zu genehmigen und den derzeitigen Chefs genannter Handlung, A. Salinger und B. Arons zu gestatten, diesen Titel für ihre Person führen zu dürfen.

Se. Majestät der Kaiser von Rußland haben dem Major Richter, Commandeur des Kadettenhauses zu Berlin, den St. Stanislaus-Orden zweiter Klasse Allergnädigst zu verleihen geruht.

Ihre Majestät die Königin haben einen anhaltenden und erquickenden Schlaf gehabt und fühlen Sich sehr gestärkt. Berlin den 26. Januar 1844.

(gez.) Dr. Schönlein. Dr. v. Stosch.

Die Voss. Z. enthält in Bezug auf einen von der A. Pr. Z. gegen sie gerichteten Artikel (s. Nr. 20 der schles. Z.) u. a. folgendes: Wir haben durch unsern leitenden Aufsatz in No. 17 den Zorn der A. Pr. Z. angeregt. Da wir unsere Betrachtungen an einen Ausspruch des Hrn. Guizot in der Pairskammer geknüpft hatten, so findet es die A. Pr. Z. durchaus nicht im Widerspruch mit ihrer Wahrheitsliebe oder ihrer seltenen Kunde von Völkerverhältnissen, uns dieses Tau gleichsam in der Luft abzuschneiden und von Erklärungen zu sprechen, welche von Hrn. Guizot über die den Besuch des Herzogs von Bordeaux in England begleitenden Umstände abgegeben sein sollen. Wenn sie es dabei nicht [illegible] Bericht über die Kammersitzung vom 8. Jan. zu verdächtigen, so soll es uns keinesweges verwundern, wenn unsere Collegin demnächst wieder einmal aus bester Quelle versichert, daß der Inhalt des Moniteur vom 9ten d. M. nur auf abgeschmackten Gerüchten beruhe. Einem so glänzenden Eifer für historische Treue gegenüber, können wir unmöglich die Zeit damit verschwenden, dasjenige, was als Wortlaut der Guizot'schen Rede ohne einen einzigen Widerspruch in alle Pariser Zeitungen übergegangen ist, hier nochmals zu wiederholen; genug Hr. Guizot hat erklärt, daß die Höfe von Wien, Dresden und Berlin der französischen Regierung das Recht eingeräumt hätten, gegen allfällige Demonstrationen zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux Einspruch zu thun, während das englische Ministerium Angesichts der „schreienden Auftritte von Belgrave-Square" sich auf den Mangel gesetzlicher Mittel zu deren Unterdrückung berufen hat. So weit ist unsere „Unkunde" ganz gut unterrichtet. Wir unterstützen uns ferner durch Aufschlagen des Allg. Preuß. Landrechts Th. II., Tit. XX., Abschnitt 3, welcher von der Landesverrätherei handelt, und finden, daß die hohe englische Aristokratie von Belgrave-Square sich nach §. 133 einer Landesverrätherei dritter Klasse schuldig gemacht — haben würde, wenn das Landrecht ihr Gesetzbuch wäre. Da in solchen Fällen der Richter bei uns von Amtswegen einschreitet, so hätte es kaum einer diplomatischen Verhandlung bedurft, um dasjenige zu unterdrücken, was geeignet war „ou de fausser la situation de l'ambassadeur français ou de fournir metière à exciter les passions" wie Hr. Guizot sich nicht allein in der Pairskammer, sondern auch in der Note ausdrückt, welche den betreffenden Cabineten eingereicht worden ist. Wir haben nun aus diesen Thatsachen keinen Schluß gezogen, sondern nur eine andere Thatsache daraus zu erklären versucht. Als letztere bezeichneten wir ein bedeutendes und offenbares Uebergewicht der brittischen Nation im Verkehr mit anderen Völkern. Wir haben behauptet und fahren fort zu behaupten, daß der Ausdruck des Volks-Willens, dessen die brittische Nation fähig ist, ihr in jedem Falle, wo sie davon Gebrauch machen will, ein entschiedenes Uebergewicht über ihre europäischen Mitvölker verschafft. Mit dem Ausdrucke dieser unserer Ansicht, die man widerlegen mag, wenn man kann, haben wir ein aus den bestehenden Gesetzen nothwendig hervorgehendes Verhältniß bezeichnet, ein Verhältniß, welches uns die englischen Blätter bei hundert Gelegenheiten, und unter Andern bei der Zollvereinsfrage mit Bitterkeit oder Hohn vorgeworfen haben, sobald wir daran dachten, im Einverständnisse mit unseren Regierungen unseren Vortheil wahrzunehmen. Wir haben gesagt, daß der Britte ohne Furcht der Wiedervergeltung Personen, Sachen und Grundsätze eines fremden Staates angreifen, schmähen und so weit es an ihm sei, untergraben könne. Die Vorgänge in Belgrave-Square so gut als O'Connells letzte Repeal-Rede beweisen es zur Genüge. Die A. Pr. Z. aber, nicht zufrieden Angesichts dieser Thatsachen zu leugnen, fügt noch die Behauptung hinzu, daß vom englischen Boden aus Schmähungen des deutschen Namens nicht zu erwarten sind. — Wir werden nichts Kränkendes, das in England über uns gesagt wird, wiederholen; aber diese Versicherung der A. Pr. Z. ist doch gar zu naiv, um nicht wenigstens das Gesuch an sie zu rechtfertigen, die vorjährige Times vom 9. und 20. März und vom 27. April nachzuschlagen und sich dadurch aus dem Traume zu helfen. Und was hält denn Hannover vom Zollvereine entfernt? Wenn die öffentliche Meinung in England nicht stärker wäre, als die öffentliche Meinung in Deutschland, so würde kein deutscher Bundestheil in einer Trennung solcher Art bestehen können. Wenn uns die A. Pr. Z. den Anstrich geben möchte, als ob wir gegen das stammverwandte Volk irgend einen Widerwillen, eine Abneigung hätten, so malt sie mit trockenem Pinsel. Wir lieben das englische Volk und wissen sehr gut, wie viel wir ihm danken. Wir schätzen es glücklich im freien Gebrauche seiner Kraft und wünschen nur, wo und wann sie sich gegen uns wendet, zu genügender Gegenseitigkeit berechtigt und, was eben so nothwendig ist, darin geübt zu sein. Noch aber fühlen wir uns im Nachtheil und wir haben diesen Nachtheil bezeichnet, ohne bis dahin einen Tadel gegen diejenigen Einrichtungen auszusprechen, aus denen er hervorgeht; obwohl selbst ein solcher Tadel uns gesetzlich freigestanden hätte. — Wer aber dient wohl seinem Lande und Volke besser, wer liebt und achtet es inniger und aufrichtiger unter Zweien, davon der Eine ihm seine Schwächen und ihre Ursachen zeigt, indeß der Andere diese Schwächen verbirgt und den Warner verschmäht. Wie? Sind jene Tausende, welche vor Kurzem unter den Mißhandlungen eines halbbarbarischen Volkes aus Griechenland vertrieben wurden, nicht Blut von unserem Blute? Und würde nicht, wenn es Engländer gewesen wären, ein Schrei des Unwillens die ganze Nation durchdrungen und Genugthuung für persönliche Kränkungen erlangt haben, gleichviel aus welchem politischen Verhältnisse sie [illegible]sprungen wären. — Warum schweigen die Deutschen? [illegible] für zu ohnmächtig, um bis nach Griechenland zu dringen, der einstigen Provinz einer Stadt eines den Deutschen unterworfenen Königreichs? Oder ist ihr Stolz nicht beleidigt, ihre Ehre ungekränkt? — Und jetzt noch ein ernstes Wort an die Allg. Pr. Ztg. Am Schlusse ihres Artikels wirft sie uns die Bezeichnung „Rechtsstaat" vor, den wir für Preußen gewählt haben. Hätten wir sollen Willkürstaat sagen? Wo sind wir denn? Will die Allg. Pr. Ztg. wirklich Preußen den Namen eines Rechtsstaats verweigern? Etwa darum verweigern, weil er ihm von freisinnigen Männern gegeben ward? Ja, wir nennen Preußen so und fühlen uns sicher auf dem festen Boden des Gesetzes und halten es für Pflicht, an der Verbesserung dieses Gesetzes innerhalb der Grenzen unserer Rechte Theil zu nehmen und zu arbeiten. Wenn auch der Deutsche das stolze Wort nicht aussprechen kann, welches Lord Chatham einst ausrief: „in die Hütte des ärmsten Engländers kann Sturm und Schnee eindringen, aber nicht die Willkür", so werden wir doch niemals daran zweifeln, daß der Name Rechtsstaat für Preußen kein Gegenstand des Spottes sein kann.

** Schreiben aus Berlin, vom 25. Januar. — Wenn sich gegenwärtig hier die gesellige Unterhaltung und die politische Aufmerksamkeit mehr dem Osten als dem Westen zuwendet, so liegt die Erklärung dieser Erscheinung wohl ziemlich nahe. Die Debatten über die französische Adresse haben längst ihren Reiz bei uns verloren, seitdem man eingesehen hat, daß es sich dabei im Grunde nur um ministerielle Krisen handelt und daß bei der Art, wie die französische Deputirtenkammer zusammengesetzt ist, ein tieferes Eingehen auf die bedeutendsten Fragen der socialen Politik kaum möglich ist oder höchstens nur ihre Oberfläche berühren kann. Der Prozeß gegen O'Connell aber, der gegenwärtig wohl alle auf den Gang der Weltbegebenheiten achtende Gemüther in eine nicht unbedeutende Spannung versetzen mag, berührt unsere eigenen Interessen doch nur sehr mittelbar. Es ist ein Schauspiel, das unsere Sympathie nicht direkt zu betheiligen vermag, weil uns unmöglich die ganze Situation und die einwirkenden Motive so klar vor Augen liegen können, daß wir entschiedene Partei zu nehmen im Stande wären. Dazu kommt, daß man fast mit Sicherheit darauf rechnet, es werde der Prozeß, welchen Erfolg auch die Staatsanklage haben möge, zu keinem tragischen Ende führen. Diese Voraussicht entzieht dem ganzen Schauspiel viel von seinem höheren geschichtlichen Interesse. Auch die spanischen Wirren sind nicht geeignet, uns eine nahe gehende und allgemeine Sympathie abzugewinnen, weil sie gar zu sehr den Schein von persönlichen Intriguen an sich tragen. Wenn man eine vieljährige Volksbewegung beobachtet hat, und immer vergeblich auf einen sichtbaren Fortschritt wartet, so muß die Geduld endlich ermüdet sich nothwendig von einer solchen immer in den Anfang zurücklaufenden Bewegung abwenden. Ob diese Ansicht vor einer tiefer eingehenden Prüfung der Thatsachen bestehen kann, muß hier unerörtert bleiben; so viel ist gewiß, daß sie eine ziemlich allgemeine Verbreitung erlangt hat. Ganz anders verhält es sich mit dem, was im Osten vor uns gegenwärtig vorgeht; das berührt uns näher, das bildet gleichsam ein Stück unserer eigenen Geschichte, weil nach dieser Seite hin die mannigfaltigsten Interessen einander durchkreuzen. Die neuesten Gerüchte über gewisse Verhältnisse auf der preußisch-russischen Grenze und in Posen, deren Unhaltbarkeit die hiesige Allg. Preuß. Zeitung längst berichtigt hat, so wie die Prämie von 1000 Dukaten in Betreff des, wie man allgemein glaubte, längst in Vergessenheit gerathenen und zur Mythe gewordenen Schusses, sind die natürliche Veranlassung geworden, daß man mit verstärkter Theilnahme sich der Prüfung jener russischen Grenzverhältnisse, des aufgehobenen Cartelvertrages und seiner Folgen, der russischen Handelssperre mit ihren Ergebnissen und Consequenzen, der Stellung der polnischen Bevölkerung zwischen Rußland und Preußen zugewendet hat. Auch die Verhältnisse, welche sich zwischen der russischen Aristokratie und der Fabrikthätigkeit gebildet haben und das Gouvernement immer mehr auf dem Wege des Prohibitiv-Systems vorwärts drängen, bleiben nicht unberücksichtigt; und mit großem Eifer werden hier die Ereignisse am Kaukasus verfolgt. Man weiß z. B., daß jene Bergvölker jetzt schon vollständig mit der Bereitung ihrer Munition vertraut sind und daß sie dazu keine fremde Hülfe mehr gebrauchen. Reisende aus Petersburg versichern, daß der Fürst der Tschetschenzen an den Kaiser von Rußland einen Brief geschickt hat, um ihm anzukündigen, daß er für jedes Unrecht, das seinem, in russischer Gefangenschaft befindlichen Sohne widerfahren sollte, die grausamste Rache an den in seine Hände gerathenen russischen Offizieren nehmen würde. Viele vornehme Familien in Rußland sollen durch die letzte Niederlage am Kaukasus in tiefe Trauer wegen des Verlustes von Familienmitgliedern versetzt worden sein. Im bevorstehenden Sommer soll im russischen Polen eine doppelte Aushebung von Rekruten statt finden. Dadurch, so versichert man, sei eine bedeutende Aufregung der Gemüther hervorgerufen worden, die vielleicht zu den immer noch hier circulirenden Gerüchten von Ereignissen, deren Näheres man durchaus nicht kennt, beigetragen haben mag.

† Schreiben aus Berlin, vom 25. Januar. — In einer neulichen Beta-Correspondenz der Breslauer Zeitung aus Berlin, worin über das Thema des Pauperismus einige Phantasien losgelassen wurden, indem der Correspondent zugleich mehrere über diesen Gegenstand von der hiesigen Voß'schen Zeitung gelieferten Artikel mit seinem kritischen Scharfsinn in Nichts aufzulösen sich den Anschein gab, war auch die alte Weisheit enthalten, daß die Armuth allein durch Arbeit überwunden werden könnte; es käme daher allein auf Anschaffung von Arbeit an; Arbeit, Arbeit ist das Kriegsgeschrei dieses Correspondenten. Woher soll nun aber die reichliche und jeden Menschen ernährende Arbeit kommen? Für Preußen weiß jener Corresp. trefflichen Rath; er weiset die mehr als 1000 □Meilen betragenden „Braache und Wüsteneien Preußens" an, um daraus blühende Aecker und Fluren zu erschaffen. Mit dieser Anweisung hat der Corresp. gewiß unserem statistischen Büreau und vielen Nationalökonomen einen ausgezeichneten Dienst erwiesen; denn ersteres weiß doch nun ziemlich genau, wie viel culturbarer, aber bis jetzt noch unbenutzter Boden im Lande ist, und letztere sind nun gänzlich überführt, daß der Mangel an Arbeit bei uns von der Uebervölkerung herstammt, für welche neuer Grund und Boden gewonnen werden muß. Der Corresp. würde sich gewiß ein noch größeres Verdienst erwerben, wenn er die näheren Bestimmungen über die 1000 □Meilen große Wüsteneien des preußischen Staates, welche in blühende Aecker und Fluren umzuschaffen wären, veröffentlichen wollte. Er könnte dadurch der Columbus unseres Staates werden und unserer Verwaltung die Mühe sparen, die gewiß mit sehr großen Kosten verbunden sein muß, die Angaben über die verschiedenen Bodenverhältnisse zusammenstellen zu lassen. Daß bei dieser Aufgabe wirklich viel Mühe und Kosten in Betracht kommen müssen, geht daraus schon hervor, daß im Jahre 1818 ein amtlicher Bericht jenen Mangel, dem nun der Beta-Correspondent der Breslauer Zeitung abgeholfen zu haben scheint, beklagt, und daß derselbe noch im Jahre 1840 bestand. Jener Bericht nämlich ließ sich darüber in folgenden Worten vernehmen: Es fehlt zur Zeit noch an Nachrichten, wie viel von der ganzen Fläche des Staats Ackerland, wie viel natürliche Wiese ist, wie viel unangebaut zur Viehweide dient, wie viel zu Forstland benutzt wird, wie viel die Weinberge, die Gemüse- und Obstgärten und die Bauplätze betragen,

welchen Raum endlich die Gewässer, die Moore, die wüsten Sandschollen und die Felsen einnehmen, und wahrscheinlich werden noch viele Jahre und Arbeiten erfordert, ehe diese Nachrichten vom ganzen Staate mit Zuverlässigkeit gegeben werden können." Diese Vermuthung ist auch in Erfüllung gegangen; denn die folgenden zwanzig Jahre haben die allgemeine Statistik der preußischen Monarchie in der Kenntniß dieses wichtigen Moments der Landeskunde nicht viel weiter gebracht. Nur in zwei Provinzen, in Westphalen und am Rhein, sind von der dort bestehenden Steuerverfassung hervorgerufen, die nöthigen Vermessungen zur Bestimmung des Areals der verschiedenen Culturarten ausgeführt; aber für die Gesammtheit der Monarchie sind zuverlässige Angaben noch nicht vorhanden. Wenn man eine, aber auch nur auf Schätzung begründete Behauptung über das Areal des preußischen Staates, welches bisher wüst und öde der Cultur vielleicht gewonnen werden könnte, aufstellen will, so möchte die Angabe zwischen 3 und 400 □Meilen schwanken! Es sind dabei natürlich die Felspartien der Gebirge und die Flächen der Binnengewässer ausgeschlossen, weil es doch eine gar zu geraume Zeit noch dauern dürfte, bis wir auf den Standpunkt der chinesischen Cultur gelangten, bei der bekanntlich die Binnengewässer auch zu dem bewohnten Areal des himmlischen Reiches gehören. — Die Nachricht, daß der hiesige Professor Dove einen Ruf an die Universität Freiburg in Baden angenommen habe, entbehrt der Wahrheit; es ist zwar an den genannten Herrn ein solcher Ruf sowohl von der Universität, als auch von der badischen Regierung gelangt, er hat aber demselben eben so wenig Folge gegeben, als einem anderen, welchen die Universität Jena an ihn gerichtet hat. — Dem hiesigen Privatdocenten Dr. Nauwerck, der in seiner diesjährigen Wintervorlesung über Philosophie und Politik wohl den größten Zuhörerkreis des Semesters um sich vereinigt hat, wurde vorgestern Abend ein Ständchen von hiesigen Studirenden gebracht. — Der erwarteten Herausgabe von Friedrich des Großen Werken steht vielleicht das Hinderniß entgegen, daß die hiesige Voß'sche Buchhandlung, welche von dem großen König ein Privilegium auf den Druck seiner Werke besitzt, Ansprüche auf Entschädigung bei der neuen Ausgabe, die nicht in ihrem Verlage erscheint, erhoben hat und daß dieselben noch nicht beseitigt sind.

△ Schreiben aus Berlin, vom 26. Januar. — Es ist einigermaßen räthselhaft, wie mehrere deutsche Blätter die bekannten Wiener Ministerial-Conferenz-beschlüsse als Geheimnisse, oder gar als Staatsgeheimnisse zu behandeln für gut befinden. Wir wissen, daß diese Beschlüsse seit Jahren den höchsten Behörden als Richtschnur dienen, und daß sogar höhere Censur-Ressorts auf ihren genau angegebenen Inhalt geradezu bei abschlägigen Bescheiden Bezug genommen. So heißt es ausdrücklich in einem diesseitig gegebenen Bescheid wegen der Verweigerung einer Concession zu einer Zeitung in einer Mittelstadt: kann nicht bewilligt werden, weil es im Widerspruch mit dem Inhalt der Wiener Conferenzbeschlüsse ist. Darin wurde nämlich festgesetzt: 1) daß die Zahl der politischen Zeitungen überhaupt in Deutschland unnützerweise und ohne genau nachgewiesenes Bedürfniß nicht zu vermehren sei und daß 2) kleinere Städte — die Einwohnerzahl ist angegeben — keine oder nur nach genauerer Prüfung politische Blätter erhalten. — Wenn ferner einige Zeitungen berichten, daß die bekanntlich in Karlsruhe ziemlich mysteriös zum Vorschein gekommene Broschüre auch hier eine räthselhafte Verbreitung gefunden, so lautet dieß insofern sehr räthselhaft, als uns bekannt ist, daß hiesige fremde Diplomaten sehr bedeutende Summen vergeblich dafür geboten haben, wenn ihnen auch nur eine gehörig beglaubigte Abschrift dieser Broschüre auf 24 Stunden vorgelegt werden könnte. Es geht also daraus hervor, daß jene Broschüre entweder gar nicht ihren Weg hierher gefunden, oder daß sie in die Hand weniger Bevorzugter gelangt sei. Auch wissen wir, daß den Mitgliedern der badischen Stände das in Rede stehende Pamphlet selbst in Süddeutschland andern Kreisen und Personen nicht zugekommen. In Amerika ist es hingegen — laut neusten Nachrichten — allgemein verbreitet. Uebrigens muß der wahre Freund des Vaterlandes und des Fortschrittes sich durchaus gegen derartige unterirdische Proceduren und geheimnißvolle Manöver aussprechen; sie steigern nur das Mißtrauen der Regierungen, sie geben Ohrenbläsern die Gelegenheit an die Hand, auf sekrete Organisationen und Zwecke hinzuweisen, die Gott sei Dank! in Deutschland überwunden sind, oder doch, durch verhängnißvolle Erfahrungen der letzten Jahre überwunden sein sollten; sie erschweren mithin die Thätigkeit derjenigen, welche auf loyalen und gemäßigten Wegen eine Erhöhung und vernünftige Belebung vaterländischer Interessen im Auge haben. Denn es kann nicht genug wiederholt werden: nur auf offenen, streng gesetzmäßigen und durchaus loyalen Wegen, nur Hand in Hand mit unsern Fürsten, die das Beste wollen, nur in steter Hinblick auf die Wohlfahrt des großen deutschen Vaterlandes und gleichsam durchdrungen zugleich von Patriotismus, zugleich von echter Freimüthigkeit, wie sie dem deutschen Ehrenmann ziemt und wie sie namentlich unser erhabener König gleichsam bei seinen Unterthanen voraussetzt, als sich von selbst bei einer tugendhaften und tapfern Nation verstehend: — nur auf solchen rühmlichen und empfehlenswerthen Wegen wird das deutsche Volk, wird die deutsche Presse das große Ziel einigermaßen zu erreichen im Stande sein. Und die preußische Presse möge doch nie aus den Augen lassen, was sie, im Vergleich mit früheren Zuständen, dem persönlichen Willen grade unsers Monarchen verdankt! — Die in Nordamerika erscheinenden deutschen Zeitungen, namentlich die wohlredigirte „Schnellpost," welche eine weise Mittelstraße zwischen demokratischen und — wenn man so sagen darf — aristokratischen Principien hält (wie man weiß, kamen diese beide politischen Kategorieen auch bei den Zuständen der nordamerikanischen Freistaaten sehr oft bedeutsam zur Sprache, und bilden dort den eigentlichen Kampf, um welchen sich die innere Entwickelungsgeschichte jener Republiken gruppirt) brachten in jüngster Zeit über kaum abgesponnene deutsche Wirren der letzten Epoche recht merkwürdige Aufschlüsse. Bekanntlich haben sich mehrere der vornehmsten und eingeweihtesten Theilnehmer an jenen Wirren nach der neuen Welt geflüchtet, und legen jetzt offen ihre Bekenntnisse ab, die früher ein geheimnißvolles Dunkel verhüllte. So bleibt nichts in der Welt verschwiegen, und mit weithinhallender Posaune verkündet uns Klio auch das Geheimste. Uebrigens hat sich in jüngster Zeit ein recht lebhafter buchhändlerischer Verkehr zwischen Deutschland und Amerika gestaltet; selbst von hier gehen, natürlich auf feste Rechnung, manche Volksblätter in ziemlich bedeutender Anzahl hin. Namentlich aber sind es wissenschaftliche Werke der evangelischen Theologie und der physikalischen wie technischen Partien, die dort sehr geschätzt und gesucht werden. Ein Wink für thätige und spekulative Buchhändler! Fast alle Werke unserer wissenschaftlichen Herren sind dort gekannt und verbreitet, weniger die belletristischen zweiten Ranges. Neanders Kirchengeschichte steht im hohen Ansehen. Wir lernten neulich einen Professor aus Neuyork kennen, der, mit reichlichen Unterstützungen seiner Regierung versehen, den Auftrag hatte, die höheren Lehrinstitute evangelischer Theologie in Deutschland genau kennen zu lernen, darüber Bericht abzustatten und zugleich sich durch den Besuch der Vorlesungen eine höhere Bildung für seinen Beruf anzueignen. So strecken sich die Völker jetzt allenthalben die Arme sehnsüchtig zu, der große Trieb der Vereinigung geht durch die Welt, und bornirte Thoren sind diejenigen, welche durch kleinliche Mittel den unaufhaltsamen Zug der Geister zu beschränken, oder gar zu vertilgen wähnen, jenen welthistorischen Zug, der, gleichsam im Kinderspiel, Hand in Hand gehend mit den täglich sich erweiternden Erfindungen, nicht nur Zeit und Raum, sondern auch den unendlichen Ocean zu überwältigen wußte. In Bremen z. B. hat man die regelmäßigste Verbindung mit Amerika; man sieht den deutschen Brüdern gleichsam in den Haushalt; man interessirt sich für ihre Theater und Concerte, und läßt darüber Berichte drucken. — Ich freue mich, daß ich Ihnen die gar nicht unwichtige Nachricht — denn der Prinz von Wales ist sehr kränklich — von dem gesegneten Zustande, in welchem sich die Königin von England befindet, um 14 Tage früher zu geben im Stande war, als sie das Court-Journal mitzutheilen für gut befand.

*** Schreiben aus Berlin vom 27. Januar. — Se. Majestät der König und die Prinzen beabsichtigten einige Tage zwischen Freienwalde und Wrietzen a/O. Treibjagden abzuhalten. Zu diesem Zweck ist das k. Lustschloß zu Freienwalde zum Empfange der höchsten Herrschaften in Bereitschaft gesetzt worden, doch wäre es leicht möglich, daß das eingefallene Thauwetter und eine naßkalte regnerische Witterung Veränderungen in den getroffenen Anstalten herbeigeführt hat. — Gestern gab der General-Intendant der k. Hofmusik, Graf von Redern, einen glänzenden Ball. Die Salons des Staatsministers und Obermarschalls, Baron v. Werther, waren vorgestern außerordentlich stark besucht. Uebrigens scheint doch die Krankheit Ihrer Maj. der Königin, welche die Einstellung der Hoffeste für diesen Carneval natürlich zur Folge gehabt hat, die sonst hier während dieser Zeit zahlreich verweilenden Fremden, namentlich aus den Provinzen, zurückzuhalten. Uebrigens wird auf Einladung Sr. Maj. des Königs, die verw. Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die fremden Damen empfangen und in ihren Zimmern werden drei Assembleen stattfinden. — Von der Reise eines unserer Prinzen nach St. Petersburg verlautet noch nichts Näheres. — Die neusten Nachrichten aus Nord-Amerika lauten dahin, daß man daselbst, und namentlich auf den größeren Handelsplätzen mit ungemeiner Vorliebe von der Uebereinkunft spricht, die sich zwischen der Regierung der Freistaaten und den deutschen Zollvereinsstaaten vorbereitet. Zugleich sprechen diese Briefe ausdrücklich die Hoffnung aus, daß sie, die Amerikaner, eine solche Convention von der drückenden Bevormundung Englands im Felde der Industrie befreien würde. — Unter den am letzten Ordensfeste mit dem rothen Adlerorden geschmückten Personen befindet sich auch der Dr. Büking, der junge homöopathische Arzt, der Se. k. Hoh. den Prinzen Albrecht in Seiner Krankheit zur größten Zufriedenheit des hohen Patienten behandelt hatte. — Eine merkwürdige Erscheinung in der seltsame Vermehrung der zahlreichen Ordensdekorationen in der preußischen Armee ist die Verleihung des Hausordens des Königs von Aude, bestehend in einer Ehrenkette, an den Grenadierhauptmann von Orlich, der, wie bekannt, im vorigen Jahre in Ostindien war, ohne den eigentlichen Zweck seiner Reise, einem Feldzug in der Armee der Campagne beizuwohnen, zu erreichen. Wir haben bereits brasilianische, türkische und einen persischen Orden in der Armee, doch noch keinen von einem indischen Fürsten oder Nabob. Uebrigens ist, wie bekannt, der König von Aude ein Vasall der brittisch-ostindischen Gesellschaft. — Der schon seit Jahr und Tag dem Büreau des Kriegsministers zugetheilte General-Major von Peucker hat in diesen Tagen durch eine besondere Kabinetsordre Sr. Maj. den Rang eines Inspekteurs der Artillerie erhalten. — Die Herren Oberbürgermeister von Carnap aus Elberfeld und Wilkhaus aus Barmen verweilen noch in unserer Hauptstadt um für die baldige Concessionirung und Genehmigung der Statuten der Elberfeld-Witten (Dortmundes) Bahn zu wirken. — Für nächsten Sonntag sind zahlreiche Einladungen zu einem Festmahl ergangen, das der Oberbürgermeister Geh. Justizrath Krausenik zu Ehren der Vorsteher der Stadtverordneten giebt. — Seit einigen Tagen sind hier Gerüchte von abscheulichen Attentaten verbreitet, die Mißgunst und Rache wegen Geschäftsbeeinträchtigung, auf die Funktionäre einer unserer Eisenbahnen und namentlich auf die Locomotiv-Führer beabsichtigten und zum Theil sogar, glücklicher Weise ohne die Absicht zu erreichen, ausgeführt haben sollen.

(Spen. Z.) Die am 25sten, zur Feier des Geburtsfestes Friedrichs des Großen gehaltene öffentliche Sitzung der Akademie der Wissenschaften wurde durch die Gegenwart Sr. Maj. des Königs II. kk. HH. des Prinzen von Preußen und des Prinzen Albrecht, geehrt. Auch bemerkte man unter den Anwesenden den Kriegs- und den Finanzminister, den Commandanten, Gen.-Lieut. Baron von Lützow, den Gen.-Intendanten der Hofmusik, wirkl. Geh. Rath Graf v. Redern, den Oberpräsidenten v. Meding und viele andere hohe Staatsbeamte. Der Secretair der physikalisch-mathematischen Klasse, Prof. Dr. Ehrenberg, hielt die Gedächtnißrede, und nahm aus der gerade vor hundert Jahren geschehenen Stiftung dieses höchsten wissenschaftlichen Staats-Instituts Veranlassung, den Fortschritt der Wissenschaften in diesem Jahrhunderte kurz darzuthun. Nach diesem Festesvortrage meldeten Mittheilungen über den Ausfall, der im J. 1840 gestellten Preisfragen gemacht, worauf der Ober-Consistorialrath Dr. A. Neander einen Vortrag über Plotin hielt. Nach aufgehobener Sitzung geruhten Se. Majestät Sich mit mehreren der Akademiker auf das Huldvollste zu unterhalten. Die beiden Secretaire der physikalisch-mathematischen Klasse, Prof. Ehrenberg und Professor Encke, geleiteten Se. Maj.

(Königsb. Allg. Z.) Ein Correspondent aus Preußen hat in der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 4. April 1842, welche zur Errichtung eines Denkmals für den heil. Adalbert, bestehend in einer Kapelle, eine Kirchen- und Haus-Kollekte in den Provinzen Posen und Preußen bewilligt, Veranlassung zu „ernsten Betrachtungen" gefunden, und diese dem Publikum in den sächsischen Vaterlandsblättern No. 201 des vorigen Jahrganges mittheilen zu müssen geglaubt. Er deutet auf einen bedenklichen Zusammenhang dieser Ordre mit einer andern vom 14. Octbr. v. J., wodurch die Erlaubniß zur Stiftung einiger Stellen für barmherzige Schwestern zu Erfurt ertheilt wird, und wirft die Frage auf, „ob diese protestantisch-katholische Kapelle vielleicht ein Zeichen der in Aussicht stehenden Vereinigung beider Kirchen sein solle?" In diesem Falle, meint er, würde sie nach dem Wesen beider Kirchen im Widerspruch stehen mit der einen von beiden und mit dem Bisthum Jerusalem, in welchem er eine Annäherung der evangelischen Kirche an die anglikanische erblickt. Eine Vereinigung der Gegensätze des Protestantismus und Katholicismus ist indessen diesem Correspondenten keineswegs undenkbar; er hält sie aber nur für möglich „in einer dritten Kirche, in welcher zwar beide enthalten sind, aber nur beide in

hrer Vernichtung." Für eine solche Vereinigung würde freilich das projektirte Denkmal des heiligen Adalbert ein passendes Symbol sein. Daß die zu dem Bau der Kapelle erforderliche Summe von 18,348 Rtl., mittelst der bewilligten Collecte werde aufgebracht werden, bezweifelt er gar nicht, wenn alle Civil-Beamten und die Militair-Beamten vom Kapitain an aufwärts eine Kleinigkeit beisteuerten, was sie nicht etwa der Sache wegen, sondern weil „ihre dienstlichen Aussichten solches verlangten," thun würden. Wir wollen diese Combination des Correspondenten aus Preußen der Beurtheilung der Leser überlassen und den übrigen Roum benutzen, um die Hauptmomente der Verhandlungen über das Denkmal des heiligen Adalbert, wie sie uns bekannt sind, mitzutheilen. Der Erzbischof von Gnesen und Posen von Dunin besuchte bei seiner Anwesenheit in Königsberg im Jahre 1840 den Ort, wo der erste Apostel der Christusreligion unter den damaligen heidnischen Preußen, Adalbert, den Märtyrertod erlitten hatte. Er fand die Kapelle, welche der samländische Bischof Johannes im Anfange des 15ten Jahrbunderts auf dieser Stelle hatte errichten lassen, in Trümmern, und kam auf den Gedanken, dieselbe wiederherstellen zu lassen. Die Mittel sollten durch eine Hauscollecte in den katholischen Diöcesen der Provinz Preußen aufgebracht werden. Dazu bedurfte es verfassungsmäßig der Erlaubniß der Regierung. Es wurde erwogen, daß die evangelischen Glaubensgenossen in Preußen bei diesem Denkmal in gleichem Maße betheiligt seien, wie die katholischen, indem es sich lediglich um ein Erinnerungszeichen der ersten Verkündigung des Evangeliums in Preußen handele, die im Jahre 997 stattgefunden hatte, also zu einer Zeit, wo noch nicht einmal die entfernteren Ursachen der erst über 500 Jahr später eingetretenen Kirchenspaltung sich entwickelt hatten. Die Errichtung einer katholischen Wallfahrts-Kapelle in einer von evangelischen Glaubenrgenossen fast ausschließlich bewohnten Gegend, wie die von Tenkitten es ist, gab überdem in Beziehung auf beide Confessionen zu mannigfachen Bedenken Veranlassung. Die Idee einer Statue in Bronze, die den heiligen Adalbert, Preußen segnend, darstelle, stieß bei der Frage in Betreff einer Form, die beiden Confessionen genügen würde, auf Schwierigkeiten. Aus diesen Erwägungen ist die Allerhöchste Ordre vom 4. April 1842 hervorgegangen, wonach das dem heiligen Adalbert bei dem Dorfe Tenkitten in der Nähe von Fischhausen im Samlande zu errichtende Denkmal in einer Gedächtnißkapelle bestehen soll, die in zwei Abtheilungen zerfällt, von welchen die vordere für den evangelischen, der Chor für den katholischen Gottesdienst bestimmt ist. — Johannes Voigt, der unseres Wissens nach keiner besonders bedenklichen Hinneigung zum römischen Katholicismus beschuldigt worden ist, sagt von den Trümmern der alten St. Adalberts-Kapelle in seiner Geschichte Preußens (Königsberg 1827, 1, 279.): „nun sind es nur noch wenige Mauersteine, welche dem Wanderer diesen einst den Heiden, wie den Christen heiligen Boden bezeichnen können; aber es sind Ueberreste, an welche sich in der Geschichte dieses Landes eine große Erinnerung knüpft, die Erinnerung an den Mann, dessen Seele innigst von dem Wunsche erglühte, von hieraus den ersten Lichtstrahl der Lehre des Gekreuzigten über das ganze Land leuchten zu lassen." Da der in Tenkitten wohnende evangelische Pfarrer kein Gotteshaus am Orte hat, und sonn- und festtäglich abwechselnd auf beschwerlichem Wege nach Lochstädt und Alt-Pillau gehen muß, um daselbst den Gottesdienst abzuhalten, so wird durch die Theilung der Gedächtnißkapelle zugleich einem sehr fühlbaren Mangel abgeholfen werden.

(Magd. Z.) Jetzt wird, wie man sagt auf des Justiz-Ministers Mühler Veranlassung, — einem Staatsmanne, dem die Justiz bereits sehr viel verdankt — einer der wichtigsten Rechtspunkte verhandelt, welcher tief in die socialen Verhältnisse eingreift: die Frage, ob es zweckmäßig sei, in Zukunft das Executionsmittel der persönlichen Haft wegen Schulden aufzuheben. Seit dem Ehescheidungsgesetze ist kein Rechtsgegenstand von so besonderer Bedeutung zur Sprache gekommen. Gelänge es, diese Ansicht durchzusetzen, so würde der Verfechter für alle Zeiten in dem Herzen des Volks fortleben! Denn die Maßregel einer Aufhebung des Personal-Arrestes für insolvente Schuldner ist eines edlen, civilisirten und von sittlichem Selbstbewußtsein durchdrungenen Staates würdig.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen, Hr. von Beurmann, ist zu einer Conferenz mit dem Kultusminister hier angekommen. Durch die Anwesenheit des Hrn. Ober-Präsidenten wurden auch die übertriebenen hier verbreiteten Gerüchte von unruhigen Auftritten, welche im Großherzogthum Posen stattgefunden haben sollen, widerlegt. — Bei unserer gediegenen Handelswelt werden die Klagen über die hier immer mehr einreißende Schwindelei mit jedem Tage lauter. Bei dem Eisenbahn-Actien-Geschäft sind die sogenannten Zeitkäufe nun auch an der Tagesordnung, so daß das Geschäft fast den Charakter eines Hazardspieles annimmt, wie es leider beim Oelhandel schon lange der Fall ist. Die Actien der inländischen Eisenbahnen sind gegenwärtig auf eine Höhe getrieben, daß von Manchen ein Unfall befürchtet wird.

(Köln. Z.) Die türkischen Offizire, welche zur wissenschaftlichen Ausbildung sich hier befinden, sind nun ebenfalls auf Befehl des Sultans abberufen worden. Die Warnungen, welche der hohen Pforte von einer der Großmächte zugegangen sein sollen, die modernen Ideen des Abendlandes nicht durch einen langen Aufenthalt ihrer Unterthanen in den westeuropäischen Staaten bei sich einschleppen zu lassen, scheinen also ihre Früchte zu tragen, und den türkischen Absolutismus die Besorgniß angewandelt zu haben, daß das Verweilen der Sklaven Sr. Hoheit unter den skeptischen Ungläubigen, wo es auch sein möge, sich nicht länger mit der Aufrechthaltung des wahren Türkenthums vertrage. Es sind jedoch nun auch dagegen die preußischen Militairs, welche sich in der Türkei befinden, zurückgerufen, und diese dürften wohl jetzt von Russen ersetzt werden, wie Rußland überhaupt seit der griechischen Revolution in Konstantinopel eine sehr eifrige Zuneigung für die Maßregeln der jetzigen strenggläubigen Minister des Sultans zeigt und sein Einfluß ein überwiegender geworden ist. — Die Allg. Preuß. Zeit. brachte vor einigen Tagen eine Erklärung über den Prozeß des Pfarrers Ehrenström und dessen gefängliche Haft in Magdeburg. Das Wichtigste, was die Erklärung mittheilt, ist, daß das erste Erkenntniß schon am 23. October v. J. erfolgte, das zweite Erkenntniß aber noch jetzt zu erwarten sei. Drei Monate sind seit dieser Zeit verflossen, und noch ist das zweite Urtheil, auf welches so viel ja, Alles ankommt, nicht erfolgt. Dies gewährt uns einen bedeutsamen Blick auf unsere Rechtsverhältnisse, deren bedächtige Förderung um so mehr zu beachten ist, da der erste Richter nach bestehender Praxis gewöhnlich das höchste gesetzliche Strafmaß anwendet, weil die zweite Instanz das Urtheil nicht schärfen, wohl aber mindern oder ganz aufheben kann. Erfolgt dies zweite Urtheil, von welchem keine Appellation mehr möglich ist, nicht bald, so kann es leicht sein, daß der freigesprochene Gefangene eine lange Zeit verhaftet bleibt, obwohl er zuletzt als unschuldig erklärt wird; wird aber auch nur ein geringeres Strafmaß angenommen, so hat vielleicht die Verhaftung schon weit über diese Zeit gedauert. Wenn Ehrenström z. B. zu einer dreimonatlichen Strafe verurtheilt würde, so wäre diese schon jetzt für ihn vorüber; bei jeder längern Dauer seiner Verhaftung erlitte er ein Unrecht. — Zur Verbesserung des Volksschulwesens ist es im Werke, in jedem Kreise eine Kreisschule zu errichten, in welche diejenigen Bauern ihre Kinder senden können, welche die Mittel daran wenden wollen, denselben einen umfassendern Schulunterricht angedeihen zu lassen. Solche Kreisschulen könnten allerdings einen wichtigen Einfluß auf die fortschreitende Aufklärung und wissenschaftliche Erhebung des Landvolkes ausüben, wenn ihre Einrichtung diesen Zwecken anpassend erfolgt. Es stehen denselben aber auch viele Schwierigkeiten entgegen, und wenn der Staat nicht helfend beitritt und diese Schulen so dotirt, daß befähigte Knaben darin kostenlos unterrichtet und erhalten werden, so werden wohl wenige Bauern ihre Söhne dahin schicken, schon weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Vielleicht hängt aber mit der Einrichtung solcher Kreisschulen eine Veränderung des Schulwesens znsammen, so daß die Direktoren dieser Anstalten zugleich die Schulinspektoren des Kreises und dessen Dorfschulen bilden. Eine solche Veränderung würde eben so zweckmäßig als wohlthätig sein und endlich die Klagen beseitigen, welche gegen die Beaufsichtigung des Schulwesens durch die Geistlichkeit so allgemein sich erheben. Geistliche sind gewöhnlich keine Pädagogen, oder sie sind es in der widerwilligsten Weise. Entweder sie bekümmern sich besten Falls so wenig, als sich irgend thun läßt, um den Jugendunterricht, oder wenn es geschieht, in verkehrter Weise. Würden nun Kreisschulen eingerichtet und tüchtige Pädagogen an deren Spitze gestellt, so würde auch, wenn dieselben als Schulinspectoren zugleich wirkten, eine Lebendigkeit und ein Fortschritt des Unterrichtswesens erzielt werden, der von den besten Folgen sein dürfte. Das Landschulwesen bedarf jedenfalls der Verbesserung, die freilich damit begonnen werden müßte, dem Elend der meisten Volkslehrer ein Ende zu machen.

Neustadt-Eberswalde, vom 26. Januar. — In Freienwalde hatte gestern eine große königl. Jagd stattgefunden. Viele der hohen Theilnehmer hatten die Eisenbahn bis hierher benutzt und sind dann von hier mit Extrapost oder Relais nach Freienwalde gefahren. Auch Se. Maj. der König wurden erwartet, trafen aber nicht ein, man glaubt nun heut die Ankunft Sr. Maj. erwarten zu dürfen.

Halle, vom 19. Januar. (Aach. Z.) Ueber das Resultat der letzten Versammlung der Studirenden erfährt man, daß auf die Petition derselben welche die Testate betrifft, zwar noch keine offizielle Antwort von der theologischen Fakultät ergangen ist, doch versichern achtbare Mitglieder derselben, daß der Wunsch der Studirenden den günstigsten Erfolg haben werde. Gestern Abend nun versammelten sich dieselben in noch weit größerer Zahl, als dies in der ersten Versammlung geschah, in demselben Lokale zur Berathung studentischer Angelegenheiten, und es verdient alle Anerkennung, daß die Behörde ihr auf keinerlei Weise, nicht einmal durch Anwesenheit von Pedellen, ein Hinderniß in den Weg legte. Der Hauptgegenstand, der die Versammlung beschäftigte, war die Errichtung eines allgemeinen Studentenmuseums. Um dasselbe bald möglichst ins Leben treten zu lassen, wählte man eine Kommission, welche die Statuten entwerfen und eine Petition um Erlaubniß zur Begründung einreichen solle. An demselben Abend schon betheiligten sich mehr als 300 durch Unterschriften für das Werk, und wir hoffen, daß der Erfüllung dieses tief begründeten Wunsches von Oben kein Hinderniß in den Weg gelegt werde.

Köln, vom 21. Januar. — Vom Schulcollegium in Coblenz ist den Direktoren der Gymnasien die Weisung geworden, die jüngern Lehrer zu veranlassen, sich auch den Turnübungen mit Fleiß zu widmen, nämlich selbst zu turnen, da hierauf bei ihren Qualificationsattesten zu späterer Beförderung besonders Rücksicht genommen werden soll.

Posen, vom 21. Januar. (D. A. Z.) Zahlreiche Verhaftungen haben hier seit gestern stattgefunden. Es dürften vielleicht 30 junge Leute, fast sämmtlich, so viel ich höre, polnische Ueberläufer, eingezogen sein, und außerdem sind vielleicht bis jetzt noch ein Dutzend Anderer eingebracht worden. Dem Vernehmen nach sind sie der Mehrzahl nach ohne alle Distinktion: einige Herumtreiber, einige junge Handwerker, einige Buchdrucker, aber auch zwei enragirte junge Aerzte, die sich früher in Frankreich aufgehalten. Alle Verhafteten sind auf unserer Festung untergebracht worden, wo sie als pelitische Gefangene behandelt werden. Wie die Sache sich auch verhalten mag, so viel ist gewiß, daß die Ueberläufer eine Rolle dabei spielen.

Marienwerder. Am 21. Decbr. wurde der Land- und Stadtgerichts-Kanzlist Born, welcher am 25sten Juni 1841 aus Haß und Rache den Justiz-Commissarius Feichtmeier zu Culm erschossen, auf der Richtstätte bei Graudenz mit dem Beile gerichtet; er erlitt, von einem Geistlichen darauf vorbereitet, die Todesstrafe mit Ergebung und Ruhe. — In den beiden Monaten November und December sind 113 russisch-polnische Ueberläufer in das hiesige Departement gekommen und haben sogleich einen Dienst gefunden. — In der Nacht zum 24. Novbr. starb der Schließvogt Michael Blork zu Sypniewo, Kreises Flatow, in einem Alter von 120 Jahren. Er hatte den siebenjährigen Krieg als Kanonier mitgefochten und war bis zu seinem Lebensende rüstig und seiner Sinne mächtig.

Deutschland.

Karlsruhe, vom 21. Januar. — Die Hand der Vorsehung (meldet die Freiburger Zeitung) hat unsern geliebten Landesvater mit sichtbarem Schutz vor schwerer Gefahr gnädiglich bewahrt. In dem Audienzzimmer des Großherzogs ist ein großer Lüstre von der Decke gefallen, unter dem Se. königl. Hoheit während der gewöhnlichen Mittwochs-Audienz nur eben gestanden hatten.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 24 der privilegirten Schlesischen Zeitung

Montag, den 29 Januar 1844.

Darmstadt, vom 22. Januar. (Fr. J.) Am 18ten October wurden der Prof. Jordan'schen Familie von dem zu diesem Zweck in New-York zusammengetretenen Comite 1400 Fl. mit einem freundlichen Begleitungsschreiben des Präsidenten H. Boker und des Sekretairs Chr. G. Ekel gesandt und Anfangs d. M. gehen abermals 2500 Fl. an dieselbe ab.

Rastadt, vom 22. Januar. (F. J.) Der vorgerückten Jahreszeit ungeachtet werden die Arbeiten am hiesigen Festungsbau doch mit angestrengtester Thätigkeit fortgesetzt, soweit die Witterung es irgend erlaubt. Die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter wird auf mehr als 3000 angegeben.

Bamberg, vom 18. Januar. (Mannh. J.) Die Hoffnungen, die man sich hier vielseitig gemacht hatte, daß die Anwesenheit des Kronprinzen unserm siechen gesellschaftlichen Leben einen neuen Schwung geben dürfte, werden sich wahrscheinlich nicht erfüllen. Se. k. Hoh. sowohl als seine Gemahlin lieben die Zurückgezogenheit und die von gewissen Seiten hervortretenden exclusiven Bestrebungen sich bemerklich zu machen, möchten leicht lästig werden.

Baden, vom 20. Januar. (Allg. Badez.) Dem zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Vatermörder Rheinbold wurde gestern Morgen die Begnadigung verkündet. Heute Morgen ist der Verbrecher zu seiner lebenslänglichen Haft nach Mannheim abgeführt worden.

Heidelberg, vom 22. Jannar. — Die erwartete Begnadigung der **Giftmörderin** ist nicht erfolgt. Heute wurde sie in Gegenwart einer Menge von mehr als zehntausend Menschen durch den Scharfrichter von Ettlingen enthauptet. An ein Bestreben der Regierung nach gesetzlicher Abschaffung der Todesstrafe in Baden ist nicht zu denken; doch schließt man aus der in diesen Tagen erfolgten Begnadigung des Vatermörders **Reinbold** auf größere Beschränkung der gesetzlichen Fälle und auf das Vorhandensein einer großen Neigung zu möglichster Entfernung des barbarischen Strafmittels in der Praxis.

Bremen, vom 20. Januar. (D. A. Z.) In den nächsten Tagen wird das Ehrengericht zusammentreten, das über die Angelegenheit des Hauptmanns Nachtigall entscheiden soll; es sind dazu zwei Bremer, zwei Hamburger und vier Oldenburger Offiziere gewählt worden. Major Reuter ist Präsident; außerdem wird der Auditeur von Lübeck dabei erscheinen. Wird der Hauptmann Nachtigall freigesprochen, so gerathen die Lübecker Offiziere, die einmal erklärt haben, nicht ferner mit ihm dienen zu können, in nicht geringe Verlegenheit. Wahrscheinlich wird Nachtigall dann, um allen fernern Unannehmlichkeiten vorzubeugen, nach Oldenburg versetzt werden.

Frankfurt a. M., vom 21. Januar. (Düss. Z.) Moritz v. Haber weilt jetzt mit seinen beiden Sekundanten in unserer Stadt, der Entscheidung des Kreisgerichts in Alzei gewärtig. Sollte dasselbe die Sache vor die Assisen verweisen, was vermuthet wird, so dürften die desfallsigen Verhandlungen wohl bis zur nächsten Quartal-Sitzung verschoben bleiben. Die Zahl der von Moritz v. Haber vorgeladenen Entlastungszeugen soll sich auf nahe an 200 belaufen. In dem Augenblicke, heißt es, stehe derselbe in Unterhandlung, um eine vollständige Rehabilitäts-Erklärung von dem badischen Offizier-Corps zu erlangen, das bekanntlich in seiner Affaire mit dem im Duell mit Werefkin gebliebenen Ober-Lieutenant v. Göler einen ihm verletzenden schiedsrichterlichen Spruch erließ.

Fürth, vom 17. Januar. — Folgendes ist einiges Nähere über die jüngsten Vorgänge hier und in Nürnberg: Gestern rückte aus der Nachbarstadt Nürnberg eine 60 Mann starke Abtheilung Militair, Infanterie und Cavallerie, dahier ein. Nach Mitternacht fanden unter dem Beistande des Militairs eine Reihe von Verhaftungen bei jenen Vorgängen betheiligter Individuen statt, deren Zahl das Gerücht abwechselnd zwischen 20 und 45 angiebt. Die Wohnungen der Inkulpaten wurden von Soldaten cernirt, während Polizeimannschaft und Gendarmen dieselben aus dem Bette abholten und theils in das hiesige Gefängniß, theils gebunden auf Wägen nach Nürnberg und benachbarten Landgerichtssitzen zur Haft brachten. Die Eingezogenen sind größtentheils Handwerkergesellen; doch befinden sich auch einige Frauenzimmer und Familienväter darunter. Ungefähr um dieselbe Zeit herrschte auch in Nürnberg einige Gährung und die Besorgniß tumultuarischer Vorfälle. Da nämlich eine der geschlossenen Gesellschaften einen Ball veranstaltet hatte, so war es in Berücksichtigung der seit einiger Zeit sich kundgebenden Aufregung für nöthig befunden worden, in der Nähe des Gesellschaftslokales Polizeimannschaft und Militair zusammenzuziehen und einen Platz, wo gegenwärtig gerade Messe gehalten wird, zur Sicherung des Eigenthums von der Landwehr besetzen zu lassen. In der That rotteten sich gegen 11 Uhr vor dem Lokale der genannten Gesellschaft über 500 Individuen, offenbar mehr von Neugierde als übelwollender Absicht getrieben, zusammen, welche zu den beleuchteten Fenstern hinangafften, den Bürgermeister mehrere Male hoch leben ließen, auch einige Exklamationen entgegengesetzter Art ausstießen u. s. f. Der Bürgermeister, der sich, so wie zahlreiche Polizeibeamten und Offiziere, an Ort und Stelle befand, redete die Menge mit beschwichtigenden Worten an, während zugleich eine Abtheilung Militair mit scharfgeladenen Gewehren vor dem Eingang Posten faßte. Gegen 12 Uhr jedoch, nachdem sich die müßige Neugier gesättigt hatte, ging Alles, ohne daß man die mindeste Ruhestörung zu beklagen gehabt hätte, friedlich auseinander. — Vom 18ten, Morgens. Ob heute Nacht weitere Verhaftungen stattgefunden, habe ich noch nicht vernommen. 84 Individuen sollen designirt und die Zahl der gestern Eingezogenen 36 sein.

Vom Rhein, vom 22. Januar. (F. J.) Man spricht von Neuem, daß es in der Absicht der Großmächte liege, behufs der spanischen Angelegenheiten im Allgemeinen, wie der Vermählungsfrage Isabellens II. im Besondern, einen **Kongreß** zusammenzuberufen. Dieser Vorschlag ging schon vor längerer Zeit von dem französischen Kabinet aus, nur hatte sich eine nordische Macht geweigert, an einer derartigen Berathung Theil zu nehmen. Wie man nun hört, hat dieselbe nachgegeben und zwar im Interesse des Don Carlos, der nichts sehnlicher wünscht, als daß seiner beengenden Gefangenschaft endlich einmal ein Ziel gesetzt werde. Der projectirte Kongreß soll sich, sicherem Vernehmen zufolge, in einer süddeutschen Stadt, und zwar in den nächsten Monaten schon, vereinigen.

Oesterreich.

† Schreiben aus **Wien** vom 24. Januar. — Wegen des Ablebens J. k. H. der Erzherzogin Maria Caroline, ist eine 6wöchentliche Hoftrauer angeordnet worden, die während der ersten 12 Tage in strengstem, die übrige Zeit in minderem Grade getragen wird. — Morgen Nachmittag wird die feierliche Beisetzung der entseelten Hülle stattfinden. Heute Mittag wird die Oeffnung und Section vorgenommen, deren Ergebniß in sofern mit Spannung erwartet wird, als dadurch neuer Stoff zu Anfechtungen des homöopatischen Heilverfahrens, dem sich die verstorbene Prinzessin unterzogen hatte, geliefert werden dürfte. Die heutige Wiener Zeitung sagt vorläufig über die Krankheit der Verstorbenen, daß sie schon seit mehreren Monaten an einer mit zeitweilig auftretenden nervösen Erscheinungen verbundenen Bleichsucht gelitten habe, und vorgestern plötzlich von einer Lähmung der rechten Körperhälfte befallen worden sei, welche sich in den Abendstunden auf sämmtliche Brustorgane erstreckt, und das Ende der Leidenden, die übrigens zuvor noch mit den heiligen Sakramenten versehen worden, unvermuthet schnell herbeigeführt habe. — Die von der Pforte einberufenen jungen Türken, welche hier ihre Bildung vollenden sollten, haben zu Ende der letzten Woche ihre Rückreise nach Konstantinopel angetreten. — Seit ein Paar Tagen treffen die Posten höchst unregelmäßig hier ein; die Reichspost ist auch heute wieder ausgeblieben, und die Post aus Konstantinopel wird schon seit zwei Tagen vergebens erwartet.

†† Schreiben aus **Böhmen** vom 23. Januar. Mit freudiger Erwartung begrüßt man im ganzen Lande die Ankunft des Erzherzogs Stephan als Gouverneur von Böhmen. Wer noch Gelegenheit gehabt hat, diesen erleuchteten und menschenfreundlichen Prinzen in der Nähe zu sehen und Aeußerungen von ihm zu hören, der ist im eigentlichsten Sinne des Wortes entzückt von ihm. Ganz das Ebenbild seines hohen Vaters, des Erzherzogs Joseph, Palatin von Ungarn, leuchtet aus allen seinen Aeußerungen und Handlungen Weisheit und ein hoher Grad von Leutseeligkeit hervor, und so wie jener, ist er ein Volksfreund in der schönsten und weitesten Bedeutung des Wortes. Ohne dem Adel und der Aristokratie entschieden abhold zu sein, erkennt er genau dessen, für unsere Zeit passende Grenzen, und man darf sich der Hoffnung hingeben, daß unter seinem Gouvernement derselbe diese nicht zu überschreiten wagen wird, wie es wohl in früherer Zeit oft zu geschehen pflegte. Ein entschiedener Freund und strenger Handhaber des unparteiischen Rechts, darf das Land, wenn er erst die Zügel der Regierung mit fester Hand führen wird, einer schönen Zukunft entgegensehen, dieses gesegnete Land, dem das Schicksal seit Jahrhunderten so manche schwere Prüfung auferlegte. Sein innerer Reichthum konnte sich, weil manche Hindernisse seiner Entwickelung entgegenstanden, zeither nicht entfalten und fruchtbringend werden. Diese Hindernisse, in den Fesseln des Feudalismus liegend, wird der Prinz, den die Vorsehung dem Lande als Genius gesandt, hinwegräumen, und es wird sicher die Zeit diese Hoffnung gar bald als Gewißheit herausstellen. — Man ist auswärts im Irrthum, wenn man glaubt, der Slavismus und dessen neuerwachte Nationalität entfremde unser Böhmen dem gemeinsamen deutschen Vaterlande, und wecke Sympathien für eine fremde Macht. Die Kinder unsers Landes haben in den Zeiten der Bedrängniß für Deutschland Gut und Blut so gut und so gern eingesetzt, wie die jeder andern deutschen Provinz. — Wenn man Antipathien bei uns suchen will, so findet man sie gegen unsere Zwingherren und vornehmlich gegen viele von deren Beamten, welche die ihnen anvertraute Gewalt mißbrauchen, die aber zumeist dem slavischen und nicht dem deutschen Stamme entsprossen sind. Wir könnten, da wir gegenwärtig unserer Feder weniger Zwang anzuthun brauchten, wie früher, Beispiele solcher Mißbräuche anführen, die man für unglaublich halten und vor denen man sich entsetzen würde. Nur zwei mögen hier stehen, welche ein Oberbeamter dem Berichterstatter von sich selbst erzählte. Derselbe hatte, eben als Oberbeamter, in einem Dorfe der ihm untergebenen Herrschaft eine Untersuchung gegen einen Geistlichen zu leiten, welchen man in Verdacht hatte, daß er die Bauern in der Verweigerung der zu leistenden Robot bestärke. Während nun die ihm beigegebene Commission damit beschäftigt war, die nöthigen Data zu sammeln, drang er ins geheim in das Arbeitszimmer des Geistlichen, öffnete dessen Schreibtisch und machte hinterher den schreiendsten Mißbrauch von dort gefundenen Geheimnissen. Das zweite Beispiel ist, daß derselbe Beamte die Bauern in Ketten legen und dann mit dem Stocke zur Robot treiben ließ, wenn sie einmal durch eigene dringende Arbeit an der Leistung derselben verhindert wurden. Wie es unter solchen Umständen um die, diesem Beamten anvertraute Rechtspflege bestellt war, das denkt man sich leicht. Und solcher räudigen Schafe giebt es viele im Lande, die nunmehr wohl ausgemerzt oder mit ätzender Salbe geheilt werden dürften.

Russisches Reich.

St. Petersburg, vom 9. Januar. (A. Z.) Das System, das unsere Regierung (im Juli 1842) gegen die Bergvölker des Kaukasus einschlug, nicht mehr offensiv, sondern nur defensiv gegen sie zu agiren, hat sich, wie erwartet werden konnte, dauernd nicht erhalten. Die Bergvölker legten diese Maßregel, die von dem Wunsche veranlaßt war, das Blutvergießen zu beschränken, als eine Folge der Furcht aus, vermehrten seitdem ihre Einfälle auf unser Gebiet, beunruhigten unaufhörlich deren friedliche Grenzbewohner, überrumpelten unsere Grenzforts, plünderten deren Magazine und verfuhren mit barbarischer Wuth gegen ihre Besatzungen. Am ärgsten von allen Stämmen hausten die Tschetschenzen und Lhesgier, die grausamsten und raubsüchtigsten von allen Bergvölkern. Erst ganz neuerlich haben sie das in Daghestan befindliche Fort Temirhanschureh überfallen und den größten Theil der Besatzung niedergemacht. Der General-Lieutenant Gurko, Generalstabschef des kaukasischen Armeecorps, eilte der Besatzung mit einer Truppenabtheilung zu Hülfe. Die an Streitkräften überlegenen Gegner hatten ihn fast umzingelt. Der brave General-Major Freitag aber rückte ihnen mit seiner Mannschaft von einer Seite, von der sie keinen Feind erwartet hatten, entgegen, fiel ihnen in die Flanke und zwang sie zum eiligsten Rückzuge. Ein anderes unserer dortigen Forts war auf gleiche Weise von ihnen überrascht worden, hier aber wurden sie aufs Heldenmüthigste empfangen. Männer und Frauen der Besatzung trieben sie mit großem Verlust in die Flucht. Seit einigen Monaten ist man nun wieder zum früheren Offensiosystem gegen sie zurückgekehrt. In Folge dessen werden sie nun ununterbrochen von unsern Truppen in ihren furchtbaren Defileen und Bergklüften aufgesucht, angegriffen und ihnen keine Ruhe gelassen, sich zu erholen. Mit verdoppelten Anstrengungen hat der Krieg gegen sie seinen Fortgang. Das active Corps im Kaukasus hat in den letzten Monaten bedeutende Verstärkungen erhalten; unter andern ist das bisher in Bessarabien gestandene fünfte Infanterie-Corps dahin aufgebrochen. — Wir erlebten in diesen Tagen ein trauriges Ereigniß. Die leibeigenen Dienstboten eines reichen begüterten Edelmanns verlangten wiederholt von ihm, er sollte ihnen kraft des bekannten Ukases vom April 1842, der ein contraktliches Verhältniß zwischen Grundherren und Bauern in Aussicht stellte, die Freiheit, mit ihr jedem von ihnen noch eine Summe Geldes gewähren. Der Edelmann verweigerte dieses Verlangen. Als die Leibeigenen sahen, daß sie nicht zum Zweck kämen, beschlossen sie Rache zu nehmen. An zehn derselben, fast alle noch im ersten Mannesalter stehend, überfielen ihren Herrn, als er allein in seinen Zimmern war, und geißelten ihn so unbarmherzig mit Ruthenstreichen, daß er den Tod gefunden hätte, wären nicht fremde Menschen, die sein Jammergeschrei vernahmen, zur Hülfe herbeigeeilt. Die Uebelthäter wurden sogleich der Polizei übergeben; die That verlangte schnelle

Strafe, sonst hätten in einer so großen und volkreichen Stadt, wie die hiesige, in welcher die leibeigenen Dienstboten den sechsten Theil der Bevölkerung ausmachen, die gefährlichsten Folgen entstehen können. Es erging der Befehl, die Angeklagten durch eine kriegsgerichtliche Commission zu richten. Diese verurtheilte sie zum Gassenlaufen durch 500 Mann Soldaten. Die Execution, der beizuwohnen alle leibeigenen Dienstboten aufgefordert wurden, ward auf einem der hiesigen Militairparadeplätze vollzogen. Sie vermochten die volle Strafe an einem Tage nicht zu überstehen. Im Hospital nothdürftig geheilt, werden sie derselben noch einmal unterworfen. Dann werden die Ueberlebenden zu Bergwerksarbeiten nach Sibirien transportirt werden. Man hofft, durch diese Strenge vor ähnlichen Versuchen in den Provinzen abzuschrecken.

Frankreich.

Deputirten-Kammer. Sitzung vom 20. Januar. Hr. Tupinier berichtet über die Wahl des Hrn. Chr. Lafitte zum Repräsentanten von Louviers. Die Operationen des Wahl-Kollegiums sind regelmäßig. Das Bureau bringt die Zulassung des Hrn. Chr. Lafitte in Vorschlag. Hr. v. Girardin spricht sich gegen den Bericht aus. Die Existenz der konstitutionellen Regierung in Frankreich, sagt er, hängt davon ab, daß die Ehre der Kammer und die Art der Wahl auf keine Weise beeinträchtigt und verunglimpft werde. Die Vorgänge zu Louviers übertreffen alles, was bis jetzt in Wahlsachen als unregelmäßig bezeichnet worden ist. Im Courier de l'Eure ist ein Brief veröffentlicht worden, des Inhalts, daß wenn Herr Ch. Lafitte an die Stelle des Hrn. Passy gewählt würde, ein Zweig der Eisenbahn auf seine Kosten gebaut werden solle, der diese Stadt mit der Paris-Rouener Eisenbahn in direkte Verbindung bringen würde. In Folge dieses Briefes haben Besprechungen stattgefunden, sind Verbindlichkeiten eingegangen, ist die Wahl realisirt worden. Hr. Ch. Lafittes Konkurrent war Hr. v. Fastenay. Seitdem hat sich die Lokal-Chronik mit dieser Thatsache beschäftigt. Ich stelle an Hrn. Lafitte nur eine Frage: Die Hand aufs Herz, meine Herren, würden Sie in diesen Räumen einen Sitz einnehmen, wenn Sie nicht die Unterhandlungen, bezüglich der Zweigbahn nach Louviers geleitet hätten? Hr. Ch. Lafitte: Man hat der Kammer ein lügenhaftes, phantasmagorisches Gemälde vorgelegt. Kein Akt der Bestechung hat stattgefunden. Seit 2 Jahren beschäftigt sich die Stadt Louviers mit der Nothwendigkeit einer Verzweigung der Paris-Rouener Eisenbahn. Der Munizipalrath hat zu diesem Behufe eine Summe von 300,000 Fr. votirt. Wegen meiner finanziellen Stellung im Lande hat man die Augen öfters auf mich geworfen und es wurden mir wiederholte Anträge gemacht, um an der Unternehmung Theil zu nehmen. Ich habe dieselben weder vor noch während der Wahl weder zurückgenommen noch angenommen, ich habe keinen persönlichen Schritt gethan. Viele Wähler haben mich unterstützt, weil sie glaubten, daß ich dem Arrondissement nützlich werden könnte. Bestechung hat nicht stattgefunden. Hätte ich für Elbeuf thun wollen, was ich für Louviers gethan habe, würde mich Herr Grandin wahrscheinlich nicht angegriffen haben. Herr Grandin erwehrt sich jeder Anmuthung persönlicher Absichten, obwohl er Elbeuf vertrete. Hr. Dufaure: Ich verlange eine Untersuchung. Ein Faktum ist hergestellt; am Tage nach der Wahl ist mit dem Ministerium der Staatsbauten ein Verständniß zu Stande gekommen. Hr. Tupinier: Die Verbal-Prozesse sind regelmäßig. Bei dieser Sachlage mußte das Bureau die Zulassung beantragen. — Die Kammer erklärte die Wahl mit bedeutender Majorität für nichtig. Herr Guizot: Hr. Billault hat gestern in Bezug auf den 4. Paragraph der Adresse erklärt, daß er nicht die politische, sondern die nationale Frage in Betracht nehme. Ich nehme diese Unterscheidung nicht an. Es gereicht dem Ministerium zur Ehre, die Geschäfte der Nation zu besorgen; andere Geschäfte giebt es nicht. Die ministerielle Politik ist vor Allem eine nationale Politik; in diesem Sinne handeln, in diesem Sinne regieren, ist der einzige Reiz der Gewalt. Ist unsere Politik national oder nicht. Das ist die Frage. Nach dieser Erklärung sucht Hr. Guizot die Harmonie, das herzliche Einverständniß, das in der spanischen und griechischen Frage zwischen Frankreich und England herrsche, nachzuweisen. In Bezug auf Spanien, fährt er fort, sei das Ministerium mit Würde und Unpartеilichkeit zu Werke gegangen. Es habe auch wirklich durchaus günstige Resultate erzielt. 1840 habe eine Frankreich feindliche Regierung die Macht in Händen gehabt, Marie Christine habe ihr Heil in der Flucht suchen müssen. Jetzt sei die gemäßigte Partei am Ruder. Marie Christinens Rückkehr werde verlangt, ein franz. Gesandter sei wieder in Madrid. Dies die Folge der Politik der franz. Regierung, dieses Resultat sei unter Englands Beistimmung erzielt worden. Dies Ziel zu erreichen, habe übrigens das Kabinet keine Interessen geopfert, keine Konzession gemacht. Das Ministerium sei fest überzeugt, daß in der Frage bezüglich der Vermählung Isabella's kein Frankreich feindlicher Einfluß überwiegen werde. Auch im Orient habe Frankreich nichts verloren; auch da könne es mit England nur zufrieden sein. England habe begriffen, daß es im Orient dasselbe Interesse habe, wie Frankreich. Die Unabhängigkeit der Türkei, das Wohl der Bewohner Syriens sichern, dies habe die Regierung im Orient erstrebt, dieses Ziel zu erreichen, habe sich England mit ihm vereint. Die beiderseitigen Gesandten hätten stets im Einverständisse gehandelt. In den speziellen Fragen mache sich dasselbe Resultat, dasselbe Zusammenwirken bemerklich. In Jerusalem sei diese Vereinigung nicht nothwendig gewesen, es habe sich nie um rein franz. Fragen gehandelt. England habe seine Unterstützung angeboten, Frankreich habe sie ausgeschlagen. Bei aller Schonung für die Pforte sei eine befriedigende Genugthuung erlangt worden. Die Verwaltung in Konstantinopel sei zu Gunsten und im Sinne Frankreichs umgestaltet worden. In Serbien stehe Rußland der Türkei gegenüber. Das franz. Kabinet habe in Wien angefragt, was man zu thun gedenke. Die Antwort habe gelautet: Die Frage sei eine russische, keine europäische. Zu London habe man dieser Ansicht beigepflichtet, damit sei Alles zu Ende gewesen, Frankreich habe neutral bleiben müssen. Das Ministerium glaube nicht, daß Frankreich alle Fragen allein lösen könne. Demnächst wendet sich der Redner zu der griechischen Frage. Auch hier wisse Jedermann, welches Uebel seit 10 Jahren die Rivalität der Mächte und das feindselige Bestreben, das zuweilen zwischen England und Frankreich bestand, herbeigeführt habe. Das Bestreben, Griechenland constitutionell zu gestalten, habe abwechselnd bei England und Frankreich vorgewaltet. „Seit ich zum Kabinet kam, haben wir der griechischen Regierung heilsame Verwaltungsreformen, die leicht ausführbar waren, angerathen. Sie hat dieselben zur Zeit nicht annehmen wollen. Da ergriff das griechische Volk selbst die Initiative dazu. Wir nahmen das, was geschah sogleich, ohne irgend eine Regierung zu befragen, als vollendete Fakta an. Wir richteten Rathschläge an den König Otto und das griechische Volk, um sie auf dem neuen und gefährlichen Wege zu leiten. Am 27. Sept., 2 Tage nachdem ich die Nachrichten aus Griechenland empfangen hatte, sandte ich eine derartige Depesche an Hrn. Piscatory dahin.“ Hr. Guizot liest jetzt die Depesche vor. Sie besagt, daß man in Frankreich längst diese Wendung der Ereignisse vorausgesehen, und den König Otto darauf aufmerksam gemacht, und ihm Rathschläge ertheilt habe, um eine solche Aenderung der Dinge zuvorzukommen. Es wird demnächst die Ansicht ausgesprochen, daß der König auch in diesem neuen Verhältnisse seine Krone sehr würdig tragen, und einen großen, heilsamen Einfluß auf das Land üben könne, durch gewissenhafte Ehrfurcht vor den Institutionen. Wenn er dagegen versuche, dieselben rückgängig zu machen, wenn er die Wege der Sophismen, der Zweideutigkeit einschlage, so besorgten wir, daß er noch viel bittere Erfahrungen machen werde, als die gegenwärtige. Das, m. H., war der Inhalt der Depesche. (Lauter Beifall.) Dieselben Rathschläge hat zugleich das englische Cabinet dem griechischen Thron ertheilt. Es stand nicht an, sich ganz mit uns zu vereinigen, obwohl eine dritte Macht, Rußland, völlig entgegengesetzte Meinungen und Aeußerungen über das Ereigniß an den Tag legte. So hat das Beispiel des herzlichen Einverständnisses im Occident sein Echo im Orient gefunden. (Beifall). Auf beiden großen Schauplätzen, ich wiederhole es, wo England und Frankreich so lange im Zwiespalt gewesen sind, sind sie jetzt einig. (Lauter Beifall.) Sie werden noch manchen Schwierigkeiten begegnen, manche verwickelte Aufgabe zu lösen haben, doch der alte, eingewurzelte Zwist ist verschwunden, und das gemeinsame, wirkungsreiche Handeln im Gange.“ Nachdem Herr Guizot auf diese glänzende Weise Hrn. Billault und die übrigen Redner der Opposition in den beiden Hauptpunkten widerlegt hat, geht er auf die Fragen von minderem Gewicht über. Er weist nach, daß in Betreff Algiers, der oceanischen Inseln u. s. w., ebenfalls England sich durchaus in freundschaftlichem Vernehmen mit Frankreich befinde. „Wenn man“, sagt er, „uns in unsern Journalen den Vorwurf macht, daß wir die französischen Interessen an England verrathen hätten, so bleibt uns die englische Jaurnalistik darauf nichts schuldig; gehen Sie nach London, lesen Sie die engl. Oppositions-Journale, und Sie werden sie alle Tage von der Behauptung erfüllt sehen, daß das englische Kabinet die Interessen Englands an uns verrathe. Also auch auf diesem Felde Uebereinstimmung! (Gelächter, Beifall!) — Wir haben die Fragen: „Ordnung und Ruhe, und den europäischen Frieden“ in ihrem ganzen Umfange verstanden. Es ist selten daß die Vorsehung es einer Politik gönnt, so schnell ihre Früchte zu tragen. Wenn aber ein solches Resultat in so kurzer Zeit erreicht ist, so ist es billig, daß man nicht so leicht darüber hingehe. Es ist der Mühe werth, daß man demselben in der Adresse einige Worte der Zustimmung und Genugthuung widme. (Beifall: Ja ja!) Es hängt von Ihnen ab, die bereits erlangten Resultate der Politik, die wir seit drei Jahren befolgt haben, aufs Spiel zu setzen oder zu schützen. Wir aber werden dieser Politik getreu bleiben, weil wir sie für einzig nationale, für die einzige heilsame für uns und für die Welt halten!“ (Lauter anhaltender Beifall folgt dieser Rede des Ministers.) Hr. Billault fragt, ob dieselbe Uebereinstimmung auch wegen eines Handelstraktats zwischen Frankreich und England vorhanden sei? Hr. Guizot erwidert, er seinerseits glaube, daß zwischen großen Mächten Handelstraktate, die auf lange Zeit hinaus binden, radikale Fehler haben. Man thue viel besser die Tarife gegenseitig immer im Auge zu haben und zu modificiren, dadurch stelle sich das Gleichgewicht der beiderseitigen Handelsvortheile am besten her. Hr. Billault zieht aus diesen Worten den Schluß, daß das Einverständniß zwischen Frankreich und England in diesem Punkte nicht sehr groß sei. Eben so regt er Zweifel über andere von Hrn. Guizot erwähnte Punkte an. — Nach einem längeren Hin- und Herstreiten will der Präsident über das Amendement Billault abstimmen lassen, doch Hr. Thiers widersetzt sich dem und verlangt Aufschub der Debatten bis Montag.

Paris, vom 21. Januar. — Man glaubt, das Ministerium werde eine Majorität von etwa 40 Stimmen gegen das Amendement des Hrn. Billault haben. Die Opposition freilich schmeichelt sich noch damit, ein anderes Ergebniß zu bewirken und dem Ministerium eine Niederlage zu bereiten. Sie hat ihre Ministerliste schon fertig, die nach einem Journale folgendermaßen zusammengesetzt wäre: Billault, Inneres; Dufaure, Justiz; Carné, Culten; Passy, Finanzen; Marschall Valée, Krieg; Admiral Bergeret, Marine; Cousin, öffentlicher Unterricht; Bignon, Handel; Gouin, öffentliche Arbeiten.

Alle Blätter besprechen heut, in gewöhnlicher Weise, je nach ihrer Farbe, den Werth und die Bedeutung der Reden der Herren Guizot und Billault. Doch läßt sich nicht läugnen, daß alle die Uebergewalt der Thatsachen und vernünftigen Zustände, die die Rede des Hrn. Guizot in der Politik Frankreichs nachweist, empfunden haben.

Gestern wurde in der Kammer ein Amendement des Hrn. v. Lasteyrie zu dem letzten Paragraphen der Adresse vertheilt.

Die Adreß-Kommission hat sich heute damit beschäftigt und beschlossen, die erste Fassung beizubehalten. Derselbe lautet: Die öffentliche Vernunft hat die verwegenen Projekte und eitlen Demonstrationen gerichtet.

Das Journal du Havre berichtet: Man medet unter dem 30. November aus Rio Janeiro, daß die französische Korvette, Coquette, daselbst angekommen ist und den Entwurf einer von Frankreich, England und Brasilien abzuschließenden Konvention bezüglich der Beilegung der Streitigkeiten in la Plata überbracht hat.

(Spen. Z.) Die Person, die während des Aufenthalts des Herzogs von Nemours in Lyon wegen des Anschlags zu einem Attentat auf den Prinzen verhaftet wurde, ist nun nach langer Untersuchung, unter dem angeblichen Namen Chauvin, zu 6 Monaten Gefängniß und 5 Jahren Polizei-Aufsicht verurtheilt worden. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm einen, Graf de Mart. S — unterzeichneten Brief, in welchem er zur Flucht aufgefordert wird, da die Unterdrücker Alles entdeckt hätten.

Paris, vom 22. Januar. — In der Deputirtenkammer wurde heute die Adressedebatte fortgesetzt. Zuerst ergriff Hr. Thiers das Wort und unterstützte das Billault'sche Amendement. Er suchte durchzuführen, daß Hr. Guizot zu früh und ohne Motiv in die englische Allianz wieder eingetreten sei, und daß das, was er gethan, eher geeignet erscheine, dieselbe Allianz zu compromittiren, als sie zu sichern. Hr. Thiers gab eine Uebersicht der seit 1830 in der Gemeinschaft mit England erledigten Angelegenheiten; die Allianz habe bis 1836 angedauert; bis dahin sei sie innig gewesen; dann aber sei sie mehr und mehr kühl geworden, da Frankreich der englischen Politik in Bezug auf Spanien nicht habe folgen wollen; seit dieser Epoche habe die französische Politik eine Niederlage nach der andern erlitten; im Jahr 1840 habe das Kabinet vom 29. October die englische Allianz wieder aufgenommen, das Land aber bei der Frage vom Durchsuchungsrecht sich dagegen ausgesprochen; es würde die Kammer, indem sie die Darlegung jenes herzlichen Einverständnisses aus ihrer Adresse entfernen würde, dem Cabinette zeigen, daß es zu rasch gehandelt habe und England in einer nicht gebührenden Weise entgegengekommen sei. Die Rede des Hrn. Thiers, die an zwei Stunden währte, brachte einen tiefen Eindruck auf die Kammer hervor. Nach Hrn. Thiers (um $4\frac{1}{2}$ Uhr) bestieg Hr. Guizot die Rednerbühne.

Spanien.

Madrid, vom 15. Januar. — Nachdem die jetzt herrschende Partei die Dienerschaft der Königin entlassen hat, spricht man jetzt von der Absetzung der Angestellten bei den königl. Domainen in Aranjuez; auch sollen in den Ministerien genaue Prüfungen über die Gesinnungen der Beamten aller Art stattfinden, um Alle zu entlassen, die nicht ganz frei von progressistischen Ideen befunden werden. — Die ministeriellen Blätter bezeichnen die geschehene Wiedererwählung von

Arguelles und Olozaga als eine Beleidigung für die Königin. — Es heißt, in Saragossa, Valencia, Granada, Bilbao und in andern Orten, würden aufrührerische Proklamationen in großer Anzahl verbreitet und einige Empörungsversuche seien bereits gewagt, jedoch bald unterdrückt worden. — Ein Journal zeigt an, Marie Christine werde vor ihrer Rückkehr nach Spanien noch einen Besuch in Neapel machen.

Man glaubt, daß die Cortes ohne vorherige Wiedereinberufung derselben, die nur zu neuem Aergerniß führen könnte, werden aufgelöst werden.

In Calatayud haben einige Empörungsversuche stattgefunden, die jedoch gescheitert sind. In Sevilla verhinderte die Regierung durch energische Maßregeln eine Versammlung der Progressisten, in welcher, wie man erfuhr der Regierung feindselige Maßregeln in Betracht genommen werden sollten. In Malaga, Valladolid, Orense und Santander hat sich die Munizipalität geweigert, das Gesetz bezüglich der Ayuntamientos zu vollziehen.

Die offizielle Gaceta vom 15. Januar bringt die Ernennung des Herrn A. Ferrere zu Paris zum Finanz-Agenten Spaniens. Die Débats finden, daß diese Ernennung für den guten Willen der Regierung, die Staatsgläubiger zu befriedigen, zeuge.

Großbritannien.

London, vom 17. Januar. (Schluß des Vortrages des General-Fiskals, am 17. Januar). Bei dem Meeting zu Roßkomon am 20. August erklärte Herr O'Connell, daß diese Demonstrationen den Feinden Irlands Schrecken einjagten. Sie scheinen berechnet gewesen zu sein, die Engländer durch die Befürchtung, daß diese Schaustellung physischer Kräfte zu einem Ausbruch gedeihen möchte, einzuschüchtern. Am 22. August las Herr O'Connell der Association einen Plan bezüglich der erneuerten Wirksamkeit des irischen Parlaments vor. Dieser Plan greift in die strikte Prärogative der Krone bezüglich der Gerechtigkeitspflege direkt ein. Außerdem ist die Sache um so unconstitutioneller, als der Unions-Acte zufolge die Krone selbst nicht mehr das Recht hat, ein irisches Parlament zusammen zu rufen. Im weiteren Fortschritt der Repeal veröffentlichte die Nation am 26. August einen Artikel unter der Aufschrift: die Krisis ist gekommen", worin Aussprüche der Herren Bushe, Plunket, Saurin u. A. angezogen werden. Zum Verständniß dieses Verhältnisses muß bemerkt werden, daß Saurin seine Bemerkungen als Mitglied des irischen Unterhauses vor Erlaß der Unions-Acte machte. Es ist aber zwischen Angaben, die nur gemacht werden, um ein Gesetz im Schooße des Parlaments anzugreifen, und Bemerkungen, die, nachdem dies Gesetz zum Landesgesetz erhoben worden, dagegen angestellt werden, kein Vergleich zu ziehen. Am 4. September hielt die Association ein Meeting, bei welchem Briefe mit Subscriptionen von Philadelphia, Boston, Albany u. s. f. vorgelegt wurden. Bei dieser Gelegenheit kündigte Herr O'Connell das große Clontarf Meeting auf den 8. October an, und erklärte, daß die Repeal jetzt mehr Aussicht, als je habe, da der erbärmliche Kniff Ihrer Majestät eine Rede gegen dieselbe in den Mund zu legen, auf die Gemüther der Irländer seine natürliche Wirkung ausgeübt habe. Hierzu ist zu bemerken, daß, nachdem J. M. die Thronrede am 26. August gehalten, Herr O'Connell bereits am 29sten in der Versammlung der Association auf sein „Gegen-Manifest" gegen die Rede der Königin aufmerksam machte. Zugleich drückte er seine Absicht aus, die Wahlkommunen für das irische Parlament zu stimmen. Das Volk lernte seine Kraft kennen; es wurde zu Tausenden versammelt und ihm gezeigt, in wie weit es sich auf sich selbst verlassen könne. Nur noch eine Schwierigkeit war zu überwinden; die Armee mußte genommen werden. Herr O'Connell suchte zunächst die Unteroffiziere aufzuhetzen, indem er darauf hinwies, wie ganz anders die fremden Staaten dieselbe Klasse Offiziere behandelte. Auch vor dem Ausbruch der Rebellion von 1798 waren dieselben Versuche durch Vorspiegelung von Beförderungen gemacht worden. Jetzt wurde auch öffentlich erklärt, daß Gerechtigkeit erlangt werden müsse, gleichviel im Frieden oder Kriege, und daß die Soldaten nicht gehorchen dürften, wenn sie die Regierung im Fall einer Empörung der organisirten Massen zur Unterdrückung der Bewegung verwenden wolle. Vielmehr müßten sie sich unter der Leitung ihrer Unteroffiziere gerade so „aussprechen", wie die Armee in Spanien gethan. Desgleichen wurde der Plan entworfen, daß die Konsumtion aller steuerbaren Artikel unterdrückt werde; ein Plan, welcher gleichfalls 1797 projektirt worden war. Am 4. September besprach O'Connell zum erstenmal den Convent von 300 Personen aus allen im irischen Parlament zu vertretenden Lokalitäten. Um diesen den Charakter der Delegaten zu benehmen, sollten sie jeder 100 Pfd. zahlen und gelegentlich von O'Connell zu einem Mahle eingeladen werden. Wer kann nun nach solchen Vorgängen sagen, wie weit die Repealer noch gegangen wären, falls ihnen nicht Einhalt gethan worden wäre? Am 6. September erschien im Pilot eine Darstellung der Bedrückungen des gemeinen Soldaten. Am 10ten fand ein Meeting zu Loughrea statt, bei welchem Herr O'Connell die Thronrede auf das heftigste angriff. Am 12ten erklärte Hr. O'Connell, daß die Nothwendigkeit, daß sich das Volk bei Streitigkeiten an die königlichen Gerichte wende, ganz entfernt werden müsse. Am 13ten wurde das oben angezogene Gegenmanifest, das ist eine Auseinandersetzung der Beschwerden Irlands und der Mittel, denselben abzuhelfen, erlassen. Indeß ist das nicht der Ort und die geeignete Gelegenheit, um diese sogenannten Beschwerden zu diskutiren. Es steht weder dem Gerichtshofe, noch der Jury zu, zu entscheiden oder in Betracht zu ziehen, ob diese Verhältnisse wirklich vorhanden sind. Ihre Pflicht ist blos, zu untersuchen, ob das desfallsige Verfahren der Angeklagten ein gesetzliches war. Das Gegen-Manifest sprach vor Allem aus, daß von dem brittischen Parlament auf gesetzlichem oder konstitutionellem Wege keine Abhilfe der Beschwerden zu erwarten sei, und deutete zu diesem Behufe Mittel und Wege an, deren ausführliche Tendenz nicht verkannt werden kann. Die Association erklärte nun, daß sie vom Parlament nichts erwarte, daß das Volk sein Heil nur von sich zu gewärtigen habe. Die Ausschließung des Parlaments und die Aufforderung an das Volk, auf sich zu vertrauen, ist die deutlichste Anspielung auf physische Gewalt; die gewaltsame Weise, wie sich das Volk helfen sollte, wurde auch von Tag zu Tag mit weniger Rückhalt besprochen. Je weiter man in der Geschichte dieser Verschwörung vorschreitet, desto mehr treten die gesetzlichen Vorwände, unter welchen die Meetings Anfangs gehalten wurden, in Hintergrund. Am 17. September fand das Meeting zu Clifden Staat, bei welchem die „Bauern-Kavallerie" zum ersten Mal figurirte. Pächter mit Repealkarten auf den Hüten, auf welchen die Siege des irischen Volkes verzeichnet waren, kommandirten die Reiterabtheilungen. Zugleich forderte O'Connell das Volk offen auf, sich mit ihm zu vereinen, „um Irland den Irländern zu geben;" auch äußerte er: ich habe jetzt mehr Kavallerie, als bei irgend einem früheren Meeting. Bald darauf fragte er zu Lismore das versammelte Volk: wenn ich Euch morgen brauchte, würdet Ihr kommen? Am 25. September erschien ein Artikel im Pilot, worin von der französischen Revolution die Rede war, und daß das französische Volk damals das ganze Land friedlich unter sich getheilt. Die Irländer sollten sich alle gleichfalls empören und das Land unter sich theilen. Ferner war davon die Rede, daß 42 000 Irländer in der Armee dienen, und daß der amerikanische General Jackson, der die Engländer auf das Haupt geschlagen und aus seinen Ländern vertrieben, eigentlich blos Advokat gewesen sei, wie Herr O'Connell. Dieser könne wohl auch die Engländer angreifen, wie General Jackson, und wenn auch die Irländer noch undisziplinirt seien, so würde der Angriff bei Nacht geschehen, welches jeden Unterschied aufhebe und die zu diesem Behufe geeignete Waffe sei die Picke. Am 1. October wurde das Meeting zu Mullaghmast gehalten. Die Lokalität war gewählt worden, weil „der sächsische Feind und sächsische Tyrannei an diesem Orte unzähliges irisches Volk niedergemetzelt hatten." Hier traten Leute mit der Bezeichnung „O'Connell's Polizei" am Hute auf, und Hr. O'Connell erklärte, er hoffe in Bälde keine andere Polizei in Irland zu sehen. O'Connell erschien in einer Scharlach-Robe; eine Krone, nach der Form der alten irischen Königskrone gearbeitet, wurde ihm auf das Haupt gesetzt. Am 2. October kündigt Hr. O'Connell der Association seine Absicht an, die Mitglieder des irischen Unterhauses zu berufen, und so wurden von Tag zu Tag neue Schritte gethan, bis die bedrohlichen Einleitungen zu dem Clontarf-Meeting getroffen worden. Die Nation brachte einen Artikel über die Repeal-Kavallerie und belehrte die Theilnehmer am Meeting, wie sie sich deshalb zu verhalten hätten. — Nach diesen Angaben fuhr der General-Fiskal fort: auf diesen Daten beruhen die Anklagen; diese betreffen zunächst zwei Punkte: Aufregung des Volkes und Einschüchternng der Regierung, um auf diese Weise die Repeal durchzusetzen. Es sei unmöglich, in einem Lande, dessen Einwohner zu Haß gegen einander aufgeregt würden, zu regieren, und er sei fest überzeugt, daß Irland nur durch die Verschwörung der Angeklägten aufgereizt worden sei. Finde die Jury diese Behauptung begründet, so müsse sie das Schuldig aussprechen. Zum Behufe des obschwebenden Prozesses sei es ferner genügend, daß die Jury annehme, daß die Meetings u. s. f. nur die Regierung einschüchtern sollen, und nichts weiter. Dieses begründe schon an sich die „Verschwörung". — Es sei zur Unterstützung der Anklage durchaus nicht nöthig, daß die Jury glaube, daß eine Empörung in der Absicht der Angeklagten gelegen habe, denn wenn dieselben auch keinen Aufstand beabsichtigten, so wären sie doch, falls einer in Folge der Reden u. s. f. stattfand, in dieser Hinsicht schuldig. Auch müsse er darauf aufmerksam machen, daß es bei einer Verschwörung der Art, Behufs eines Verdikts gegen die Angeklagten, nicht darauf ankomme, daß dieselben in Betreff jedes einzelnen Punktes der Anklage für schuldig befunden würden. Der Vortrag schloß mit einer Ermahnung an die Geschwornen, ihre Pflicht mit Festigkeit und Mäßigung, mit Vorsicht und ohne Furcht zu erfüllen, und vor Allem nicht zu vergessen, daß es sich um einen Kampf des Gesetzes handle.

Dublin. Der Staatsprozeß. In der Gerichtssitzung vom 18. Januar ward zur Abhörung der Belastungszeugen geschritten. Der erste unter diesen war Friedrich Bond Hughes. Seine Aussage bezweckte Bestätigung der in der Anklagacte enthaltenen Behauptungen in Betreff Dessen, was in den vom 1sten bis zum 18. Oktober von O'Connell berufenen Versammlungen vorgefallen sei. Er gestand, daß bei denselben die größte Ordnung geherrscht habe, sowohl bei den auf der Kornbörse, als bei den im Freien gehaltenen. Die Ordnung sei gehandhabt worden durch Leute, welche O'Connell damit beauftragt gehabt. Seine frühere Angabe von einer aufrühreriischen Redensart, die Steele sich erlaubt habe, nahm er vor dem Gericht zurück. Ferner erklärte er, daß er sich geirrt habe, als er versicherte, Barett habe der Versammlung in Abbey Street am 12. Oktbr. und der Mahlzeit in der Rotunde beigewohnt. Der nächste Zeuge, welcher vernommen ward, war der Schreiber Latham, der Gehülfe des Hughes, den dieser von London mitgebracht hatte, um ihm seine Concepte ins Reine zu schreiben. Die Aussagen dieses Zeugen, der natürlich nicht mehr, als Hughes, in manchen Fällen aber, weil er keinen so guten Platz sich verschaffen konnte, viel weniger gehört und dies Wenige verkehrt aufgefaßt hatte, waren fast ganz ohne Interesse und gaben nicht den mindesten neuen Aufschluß, wohl aber wiederholten Anlaß zum Gelächter. — Der dritte Zeuge war Hr. Roß, ein Engländer und seines Geschäfts Zeitungsberichterstatter. Er verlas die zu Donnybrook, wo er anwesend war, von O'Connell gehaltene Rede und gab die Zahl der dort anwesenden Personen zu etwa 40,000 an. Seine Aussagen über die Repealversammlungen, denen er beiwohnte, und über die dort gehaltenen Reden boten kein weiteres Interesse. Großes Gelächter entstand, als er auf Befragen erklärte, daß er einer der Versammlungen auf dem Schaffott (Verwechselung mit Plateform) beigewohnt habe. Es war jetzt halb 6 Uhr und die Sitzung wurde auf Antrag des Oberrichters geschlossen.

Nach einem Schreiben aus Dublin in der Times, welches sich auf zuverlässige Quellen beruft, wird wahrscheinlich noch im Laufe der nächsten Session dem Parlamente eine Bill vorgelegt werden, durch welche sämmtliche irländische Katholiken von Entrichtung der drückenden Zehnten gänzlich befreit werden sollen. Ein hochgestellter Prälat, der Peel's Vertrauen genießt, soll gegenwärtig beschäftiget sein, in seinem ganzen Sprengel über die Zahl der Katholiken, welche zur Entrichtung des Zehnten gehalten sind, und über den von Jedem zu leistenden Betrag genaue Erkundigen einzuziehen.

In Kilkenny, Clark, Cork, Tralen und anderen Städten Irlands haben die Katholiken Meetings gehalten, um Adressen an die Königin und das Parlament gegen die Verwerfung der katholischen Geschwornen in Dublin, und die allen irischen Katholiken dadurch angethanene Beleidigung zu entwerfen.

Schweiz.

Basel, vom 20. Jan. — Die schweizerische Staatszeitung enthält Folgendes: „Di laut einer im preußischen Ministerialblatte vom 6. Wintermonat 1843 enthaltenen Verfügung, schweizerische Handwerksgesellen in den k. preuß. Staaten wandern dürfen, nur in sofern ihre Wanderbücher durch die königl. preuß. Gesandtschaft in der Schweiz visirt worden sind, so hielt der Vorort sich verpflichtet, am 10. Januar die Cantone auf diese Verfügung aufmerksam zu machen, damit eine jede Cantons-Regierung die geeigneten Anordnungen treffe, daß ihre Angehörigen, welche sich unmittelbar oder nach Bereisung anderer Staaten in die preußischen Staaten begeben wollen, nicht unterlassen, das Visum ihrer Reiseschriften bei der k. pr. Gesandschaft in der Schweiz nachzusuchen." Diese Maßregel hat für Schweizer, welche aus auswärtigen Staaten direct in Preußen einwandern wollen, viel Unbequemes, da die zum Visiren in die Schweiz übersandten Päße ihren Reiseplan oft sehr verlängern können.

Osmanisches Reich.

† Schreiben von der türkischen Grenze, vom 11. Januar. — In den letzten Tagen haben ein Paar Tollköpfe in Serbien, und zwar im Semendrianer Bezirk, neuerdings versucht einen Aufstand zu erregen, um die jetzige Ordnung umzustürzen, welch' verwegenes Unternehmen jedoch nur zur Folge hatte, daß die Anstifter, nachdem sie nirgends Anklang finden konnten, auf ihre eigene Sicherheit denken mußten, und in Ermangelung jedes andern Ausweges sich in die türkische Citadelle von Semendria warfen, um da ein Asyl zu finden. Allein kaum war die Kunde von diesem Vorfall nach Belgrad gelangt, als die serbische Regierung beim dortigen türkischen Gouverneur schon die geeigneten Schritte machte, um die Auslieferung der Ruhestörer zu bewirken, welchem Verlangen auch unverweilt entsprochen wurde. Wie man übrigens hört, besteht die Zahl nur aus 2 Personen, einem ehemaligen Bezirks-Capitain unter der Obrenovitsch'schen Regierung, der mit dem Fürsten Michael sich nach Oesterreich ge-

flüchtet hatte und später amnestirt zurückgekehrt war, und einem griechischen Kaufmann. Wahrscheinlich werden aber diese die ganze Strenge des Gesetzes fühlen müssen. Die Ruhe in ganz Serbien hat nicht die mindeste Störung erlitten.

Griechenland.

Athen, vom 7. Januar. (A. P. Z.) Minister-Krisen und die Frage der Pairskammer haben große Aufregung und Verwickelungen hervorgerufen und die Gemüther sind nicht beruhigt. Die französische und englische Regierung verlangten nach den in den hiesigen Journalen bekannt gemachten Instruktionen Lord Aberdeen's an Sir E. Lyons eine erbliche oder lebenslängliche Pairskammer, und die Majorität des Ministeriums schloß sich dieser Ansicht an. Rigas Palamides aber, der Minister des Innern, der, wie wir früher berichtet, an der Spitze einer von der sogenannten französischen Partei abgetrennten Fraction, gegen diese Majorität in Opposition getreten war, erklärte sich für das Einkammer-System. Deswegen hauptsächlich verlangte die Majorität, wie man sagt, auf Metaxas Betreiben, seine Entlassung aus dem Ministerium und der König soll in dieselbe nur mit Widerstreben gewilligt haben, weil er erst nach Vollendung der Constitution von dem Rechte, die Minister zu ernennen, Gebrauch zu machen beabsichtigt hatte. Das Ministerium des Innern wurde provisorisch dem Kriegsminister Londos übertragen. Unmittelbar darauf stellte Metaxas folgende Alternative: Kolettis solle das Ministerium des Aeußeren, Maurokordatos das der Finanzen übernehmen und er selbst das jetzt so wichtige Ministerium des Innern erhalten, oder die beiden Erwähnten sollten ganz austreten und es ihm überlassen, ein Ministerium von seiner Farbe zu bilden, — widrigenfalls würde er mit 3 seiner Kollegen seine Entlassung nehmen. Seit gestern erzählt man, daß Metaxas im Begriffe stehe, seine Entlassung einzureichen. Die Kommission für die Ausarbeitung des Verfassungs-Entwurfs hat endlich gestern ihre Arbeiten vollendet. Die Mehrzahl der Mitglieder wird sich wahrscheinlich in die Kreirung einer ersten Kammer, als eines nothwendigen Uebels fügen, aber mehr auf Autoritäten hin, welche die unumgängliche Nothwendigkeit dieses Instituts predigen, als aus Ueberzeugung.

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Tagesgeschichte.

Breslau, vom 28. Jan. — Nach der im Dec. v. J. geschehenen Aufnahme der statistischen Tabellen hat sich hier, einschließlich des hier garnisonirenden Militairs und der zu den Familien desselben gehörenden Personen und Dienstboten, eine Einwohnerzahl von 103,282 Seelen ergeben. Sie hat demnach seit dem Jahre 1841, wo die Gesammtzahl 97,921 betrug, um 5361 Personen zugenommen.

Diese Einwohner-Gesammtheit theilt sich 1) dem Geschlecht nach in 50,219 Personen männnlichen und in 53,063 weiblichen Geschlechts. 2) Dem Alter und Geschlecht nach in 12,581 Knaben und 12 542 Mädchen (nicht über 14 Jahr alt), 35,325 Jünglingen u. Männern und 37,035 Jungfrauen und Frauen (von 15 bis incl. 60 Jahren), 2313 Männern und 3486 Frauen (über 60 Jahre. 3) Dem Kirchenbekenntniß nach in 66,450 ev. Christen, 30,483 kath. Christen, und 6349 Juden.

Es sind ferner gegenwärtig in hiesiger Stadt 38 der religiösen Andacht gewidmete öffentliche Gebäude, 297 königl. oder zu Communal-Zwecken bestimmte Gebäude, 4036 Privat-Wohnhäuser, 274 Fabrik-, Mühlen- und Privat-Magazin-Gebäude, 1861 Ställe, Scheunen und Schoppen. Seit dem Jahre 1841 ist die Zahl der vorstehend genannten Gebäude-Gattungen vermehrt, um 1 der religiösen Andacht gewidmetes öffentliches Gebäude, 19 königl. oder zu Communal-Zwecken bestimmte Gebäude, 100 Privat-Wohnhäuser, 16 Fabrik-, Mühlen- und Privat-Magazin-Gebäude und 52 Ställe, Scheunen und Schoppen. Diese Angaben der Gebäude-Vermehrung sind nicht zu verwechseln mit der weit größeren Zahl der seit 1841 neu erbauten Gebäude, von welchen eine große Zahl in die Stelle alter abgebrochener Gebäude getreten ist und also keine Vermehrung der Gebäudezahl bewirkt hat.

In der beendigten Woche sind (excl. eines todtgebornen Knabens) von hiesigen Einwohnern gestorben: 24 männliche und 38 weibliche, überhaupt 62 Personen. Unter diesen starben: An Abzehrung 13, Altersschwäche 2, Brustkrankheit 1, Herzleiden 1, Krebsschaden 2, Keuchhusten 1, Krämpfen 8, Luftröhrenschwindsucht 2, Lungenleiden 8, Magenerweichung 1, Nervenfieber 4, Nervenschwindsucht 1, Schlag- und Stickfluß 9, Schwäche 1, Unterleibskrankheit 2, Wassersucht 4, Zahnleiden 1, erschossen hat sich 1.

Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: Unter 1 Jahre 18, von 1—5 J. 4, von 5—10 J. 2, von 10—20 J. 2, von 20—30 J. 4, von 30—40 J. 11, von 40—50 J. 5, von 50—60 J. 7, von 60—70 J. 7, von 70—80 J. 2.

Auf hiesigen Getreidemarkt sind vom Lande gebracht und verkauft worden: 1524 Schfl. Weizen, 700 Schfl. Roggen, 774 Schfl. Gerste und 270 Schfl. Hafer.

Im vierten Quartal des vorigen Jahres sind vom Lande auf hiesigen Markt gebracht und verkauft worden: 17,041 Schfl. Weizen, 16,159 Schfl. Roggen, 6711 Schfl. Gerste und 11,035 Schfl. Hafer.

---

†† **Breslau**, vom 28. Januar. — Gestern Morgen wurde in dem Halbgeschoß des hiesigen Regierungsgebäudes der Geruch von angebrannten Gegenständen wahrgenommen und es ergab sich bei näherer Nachforschung, daß derselbe aus der Calculatur der zweiten Abtheilung der königl. Regierung komme. Hier fanden sich denn auch einige hundert angebrannte Aktenstücke. Ueber die Entstehung des Feuers ist uns nichts bekannt geworden.

---

† **Breslau**, vom 27. Januar. — Vor einigen Jahren miethete ein hiesiger Kaufmann einen fremden Menschen, der sich durch ein Paar ganz vortheilhaft für ihn lautende, jedoch nur von Privatpersonen ohne weitere Beglaubigung ausgestellte Zeugnisse über seine Persönlichkeit ausgewiesen hatte, als Hausknecht. Seine Führung war längere Zeit so gut, daß sein Dienstherr keinen Anstand nahm, ihm die Aufsicht über seine Waaren-Niederlage unbedingt anzuvertrauen. Nachdem sich derselbe jedoch später verheirathet hatte, fing er nach und nach an, einen unverhältnißmäßig großen Aufwand zu machen. Dies brachte natürlich auf die Vermuthung, daß er sich die Mittel dazu wohl auf unredliche Weise erwerben möge, und gab die erste Veranlassung, sein Verhalten im Dienste genauer zu überwachen. Diese Ueberwachung brachte recht bald die Bestätigung jener Vermuthung; indem sich wenigstens so viel dadurch herausstellte, daß er heimlicher Weise dritte Personen in die Remisen führe und eben so wieder daraus entlasse. Nachdem hierauf ein Beamter von diesem heimlichen Treiben des Verdächtigen in Kenntniß gesetzt worden war, gelang es diesem vor ein Paar Tagen endlich, eine solche Person gerade in dem Augenblicke festnehmen zu können, als sie mit Waaren bepackt von dem Hausknechte aus einer dieser Remisen entlassen wurde, welche, verhaftet, dann das Zugeständniß machte, daß sie schon seit längerer Zeit gewöhnlich zwei Mal in der Woche von einem nahe gelegenen kleinen Städtchen hierher gekommen sei und billige Einkäufe bei jenem hinter dem Rücken seines Herrn gemacht habe. Wirklich wurden auch bei einer hierauf dort in der Wohnung des gedachten Käufers vorgenommenen Haussuchung noch ziemliche Vorräthe, von dem auf diese Weise nach und nach angekauften gestohlenen Gute vorgefunden, in Beschlag genommen und dem Bestohlenen zurückgestellt, während der Besitz einer baaren Geldsumme von ein Paar 100 Rtlr. auf Seiten des Verkäufers hinlänglich dafür spricht, in welchem einträglichen Umfange er das erschlichene Vertrauen seines Herrn zeither gemißbraucht hat. Als bei dieser Gelegenheit übrigens die früheren Verhältnisse des entlarvten Hausdiebes in nähere Betrachtung gezogen wurden, fand sich zugleich, daß die von ihm bei der Vermiethung vorgezeigten Dienstzeugnisse falsch und von ihm selbst für den Zeitraum ausgestellt worden waren, in dem er wegen Brandstiftung eine schwere Strafe in Zuchthause abgebüßt hatte. Liefert dieser eklatante Fall einerseits wieder den Beweis für die von uns schon früher einmal bei einer andern Gelegenheit erwähnte Nothwendigkeit einer strengen Prüfung der Moralität aller derjenigen, die man entweder als wirkliches Gesinde oder nur zu gewissen anderen häuslichen und gewerblichen Zwecken bei sich aufnehmen und mit seinem Vertrauen beschenken will — welche nicht immer von Seiten der Brotherrschaft allein, sondern öfter nur mit Hülfe der Orts-Polizei-Behörde zweckmäßig und zuverläßig geschehen kann — und der genauesten Befolgung aller Vorschriften, welche das Gesetz und besondere polizeiliche Verordnungen in Bezug auf die Annahme und Entlassung solcher Personen ertheilen; so spricht derselbe andererseits auch eben so deutlich dafür, daß es immer mißlich und gewagt bleibe, auf produzirte Privat-Atteste ein besonderes Vertrauen zu setzen, wenn man den Aussteller und dessen Handschrift nicht kennt und sie in einem solchen Falle nicht zugleich von Seiten der Behörde als richtig beglaubigt worden sind; zumal da, wo die Entfernung des Orts, an dem der Aussteller wohnen soll, nicht auf der Stelle eine Nachfrage in Betreff der Richtigkeit gestattet. Was übrigens die oben gedachten gesetzlichen und besonderen polizeilichen Vorschriften in Hinsicht der Annahme und Entlassung von Dienstboten und Gewerbegehülfen anbetrifft, so wollen wir davon hierbei nur ein Mal kurz die hervorheben: daß 1) jede Herrschaft nach § 171 der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 verpflichtet ist, dem Gesinde bei seinem Abzuge ein schriftliches, der Wahrheit gemäßes Zeugniß über seine Aufführung und geleisteten Dienste zu ertheilen, um, wie es in dem Rescripte des Ministerii des Innern und der Polizei vom 4. Juli 1835 (Ann. XIX 792) heißt, Ordnung zu erhalten und die späteren Dienstherrschaften in den Stand zu setzen, das ganze Dienstleben des Gesindes übersehen zu können; während 2) diejenigen Dienstherrschaften, welche einem Dienstboten, der sich grober Laster und Veruntreuungen schuldig gemacht hat, das Gegentheil wider besseres Wissen bezeugen, nach §. 174 a. a. Orte nicht allein für allen einem Dritten daraus entstehenden Schaden zu haften haben, sondern nach §. 176 a. a. O. auch eine Geldstrafe von 1 bis 5 Thlr. zur Orts-Armenkasse verwirken sollen; 3) aber endlich nach den bestehenden Verordnungen, bei Vermeidung der gesetzlichen Nachtheile, kein von auswärts anziehendes oder hiesiges dienstloses Gesinde und kein fremder oder arbeitsloser Gehülfe von Jemandem aufgenommen werden darf, ohne hiervon zugleich auf der Stelle der Orts-Polizei-Behörde, hier dem betreffenden Bezirks-Polizei-Commissar, unter Ueberreichung der erforderlichen Ausweise, Meldung zu machen.

---

* **Breslau**, vom 28. Januar. — Sicherm Vernehmen nach hat des Königs Majestät mittels Kabinetsordre vom 13. d. M. huldvoll genehmigt, daß das die Huldigung in Berlin im J. 1840 darstellende Gemälde in Breslau zum Besten der hiesigen Bürgerrettungs-Anstalt öffentlich ausgestellt werde. Die Ankunft dieses Gemäldes ist binnen einigen Wochen zu erwarten. J.

---

* **Breslau**, vom 28. Jan. — Die Zeitungen haben über die unlängst erfolgte Stiftung des nunmehrigen protestantischen Vereins der Gustav-Adolph-Stiftung in Schlesien berichtet, eine kräftige, hocherfreuliche Lebensäußerung der evangelischen Kirche, an welcher sich Geistliche und Laien unserer Stadt und Provinz mit gleich regem Interesse zu betheiligen eilten. Zeugniß dafür legt die officielle Nachricht ab, daß die Zahl der bis zum 24sten Januar a. c. — dem Tage der Generalversammlung — angemeldeten Mitglieder des Vereins bereits über 600 betrug, und die Höhe der zugesicherten und größtentheils schon eingegangenen Beiträge sich auf die Summe von jährlich beinahe 300 Rthlr. belief. Die heutige Nummer des „Kirchlichen Wochenblattes für die evangelischen Gemeinden Breslau's" führt die außer den schon anderwärts nahmhaft gemachten Theilnehmern neuerdings wieder Zugetretenen namentlich auf, während über die einzelnen, sowohl jährlichen Beiträge, als einmaligen Geschenke im Jahresbericht des Vereins zu seiner Zeit Rechnung gelegt werden wird. — Jene neuen Mitglieder indessen gehören wieder fast allen Ständen, hohen wie niedern, dem geistlichen wie dem weltlichen, überhaupt aber vorzugsweise dem Mittelstande an. Männer und Frauen haben sich gleich bereit zu wirksamer Theilnahme gezeigt, und es verdient vielleicht zur Erweckung eines löblichen Nacheifers und zum schlagenden Beweise wie der schöne und hochherzige Gedanke der beregten Stiftung selbst in den unteren Schichten der Gesellschaft Anklang gefunden hat, nur der beachtenswerthe Umstand hervorgehoben zu werden, daß selbst eine Köchin ihr Scherflein zu dem ächt christlichen Zwecke gezollt hat.

Breslau, vom 27. Jan. — In der heutigen Breslauer Zeitung wird der Vorschlag gemacht, daß in Breslau wie anderswo ein Arbeitanweisungs-Comité zusammentreten möchte, um solche Prolitarier mit Arbeit zu versehen, die ihrer fähig sind. Der Vorschlag ist sehr gut, aber eigentlich unnütz, indem viele solche Comité's schon lange in den Bezirkscommissionen bestehen und die Bezirksvorsteher und Armenväter in dem Geschäfts-Reglement der Breslauer Armenpflege vom Jahre 1825 ausdrücklich darauf hingewiesen sind, Kindern und Erwachsenen aus den Armenfamilien Arbeit zu verschaffen. So heißt es darin II. B. § 12 mit Bezug auf die ersteren: „auch für nützliche und zweckmäßige Beschäftigung der Kinder durch Arbeit ist so viel als möglich zu sorgen, um dem verderblichen Müssiggange zu steuern und die Kinder frühzeitig zur Thätigkeit zu gewöhnen, wenn auch der eigentliche Erwerb unbedeutend wäre. Ihre gefertigten Arbeiten müssen die Kinder monatlich vorzeigen." Ferner sagt § 26 mit Rücksicht auf die Erwachsenen: „So weit es der Commission möglich ist, sorgt sie auch für die Beschäftigungen der Armen, denen es an Arbeit fehlt, und empfiehlt sie zu Handdiensten beim Waschen, Mangeln, Holztragen u. s. w." Somit häte die Armendirection diese Bestimmungen des Reglements den Bezirkscommissionen, wenn sie sie etwa vergessen hätten, nur wieder einmal in das Gedächtniß zu rufen und zugleich bekannt zu machen, daß alle diejenigen, welche Arbeiter suchten, sich deshalb an den Vorsteher ihres Bezirkes wenden möchten — und obiger Vorschlag

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)